



wir-koennen-erkrath.de

Wir können Erkrath

Programm 2030

Wir können Erkrath

Programm 2030 Inhaltsverzeichnis



Wie ist die BmU e.V.?	4
Einleitung in das BmU-Programm 2030 für Erkrath	7
Finanzpolitik	13
Verwaltungspersonal	22
Aufgabenfeld Bildung	26
Stadt der Nachbarschaften	35
Klimaschutz und Biodiversität als Zukunftsinvestition für Erkrath	37
Mobilität	50
Kommunale Wärmeplanung und Fernwärme	61
Rechenzentren	70
Versorgungssicherheit und Krisenvorsorge	102
Digitalisierung	106
Transparenz und Bürgernähe	108
Soziales - Teilhabe und Integration	110
Wirtschaftsförderung	115
Schlusswort	117

Wer ist „die BmU“?

Wir sind keine Partei – wir sind ein Verein, der seit 1989 unabhängige Politik in und für Erkrath macht, ohne die Zwänge einer Parteibindung.

Die **Bürger mit Umweltverantwortung (BmU e.V.) - Unabhängige Wählergemeinschaft für Erkrath e.V.**

Wir sind die unabhängige Fraktion in Erkrath und stellen zurzeit 8 Mitglieder im Stadtrat (letztes Wahlergebnis 11,93%).

Unser Fokus liegt auf einem guten Zusammenleben in der Stadt Erkrath und der Gestaltung einer pragmatischen und nachhaltigen Lokalpolitik zum Wohle der Mitbewohner. Wir zeigen Alternativen auf, üben Kritik, wo sie notwendig ist.

Wir arbeiten konstruktiv und dialogorientiert mit anderen Fraktionen zusammen.

Überparteilich und ideologiefrei.

Typisch für eine Unabhängige Wählergemeinschaft.

Unsere Homepage: www.bmu-erkrath.de.

Wie ist die BmU e.V.?

Regel Nr. 1: **Transparenz**

Wir haben Transparenz zum Gebot gemacht. Alle Entscheidungswege müssen transparent sein. Die Bürgerinnen und Bürger sind so weit wie möglich zu beteiligen. Ihr Wort hat Gewicht.

Nichtöffentliche Debatten nur, soweit es das Gesetz (z.B. bei Personalangelegenheiten) erfordert.

Keine Absprachen im Hinterzimmer, keine geschlossenen Fraktionsvorsitzendenrunden, "Ältestenrat" oder ähnliche Erfindungen.

Ausnahmen sind Konsultationen bei krisenhaften Entwicklungen. Transparenz gilt auch für uns intern: Seit Jahrzehnten veröffentlichen wir unsere Kassenstände und die Namen derer, die mehr als 100 €/Jahr an die BmU spenden. Keine Partei macht uns das nach.

Regel Nr. 2: **Erkrath soll wieder Freude machen**

Probleme lösen schafft Freude. Und das gehört zu unserem Programm.

Dazu müssen die Probleme ungeschminkt benannt, tiefgreifend analysiert und Zusammenhänge geduldig erklärt werden.

Regel Nr. 3: **Nah am Sachverhalt**

Nur das bessere Argument zählt. Wir sind konstruktiv und kompromissfähig.

Auch Nichtmitglieder werden von der BmU in städtische Gremien (Ausschüsse, Aufsichtsrat der Stadtwerke) nominiert, wenn eine sachdienliche Expertise vorliegt.

Allerdings müssen wir zur Durchsetzung unserer Programmziele auf möglichst viele Mandate setzen, die wir nur durch bessere Wahlergebnisse für die BmU bekommen.

Und wenn die Dinge sich mal wieder ändern? Dann beharren wir nicht stur auf unserer Meinung aus der Vergangenheit und es gilt Punkt 1:

Transparenz: Wir benennen die Erkenntnisse, die unsere Sicht verändert haben.

Wenn wir keine Mehrheit für die beste Lösung finden, dann suchen wir eine Mehrheit für die

Zweitbeste. Keine Fraktion bewegt Erkrath allein, auch wenn sie es noch so oft behauptet. Deswegen steht die Fähigkeit zum Kompromiss oben an. Den suchen wir dort, wo er hingehört: In den öffentlichen Arbeitssitzungen der Ausschüsse und des Rates.

Regel Nr. 4: **Respekt vor dem politischen Gegner**

Respektvoll, sachlich, freundlich. Das ist die BmU. Das schließt klare, unmissverständliche, auf die Sache zielende Sprache und das Aufzeigen von Defiziten nicht aus. Respekt bedeutet nicht unangenehme Wahrheiten "unter den Teppich zu kehren".

Wir beteiligen uns nicht an unfairen und verdrehenden Äußerungen.

Wir stehen für eine lebendige Demokratie, für Vielfalt und Menschlichkeit.

Gegen Populismus, Ausgrenzung, Extremismus und Hass.

Regel Nr. 5: **Bürgernähe – „BmU – sowiedu“**

Hohes Gewicht hat das Gespräch mit der Bürgerschaft. Wir bieten jederzeit Gespräche nach vereinbarten Terminen in unserer Millrather Geschäftsstelle an, aber auch an

Informationsständen.

Auch Nichtmitglieder können auf Wunsch an unseren Fraktionssitzungen (hier werden die Ausschuss- und Ratssitzungen vorbereitet) teilnehmen.

Wir unterstützen Entscheidungen durch die Bürgerschaft. Zum Beispiel unterstützen wir Bürgerbegehren selbst dann, wenn deren Ziele nicht mit unseren Zielen übereinstimmen.

Einleitung in das BmU-Programm 2030 für Erkrath

Vorbemerkung:

Der Schulgroßbrand wird die Situation dramatisch verschärfen

Das Programm ist vor dem katastrophalen Großbrand am 13.05.2025 verfasst worden, bei dem die Gebäude der Realschule und des Gymnasiums in Hochdahl vollständig zerstört worden sind.

Für Erkrath, insbesondere für die etwa 1200 Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte ist der Verlust der Gebäude ein Schlag. Gerade nachdem 2019 und 2020 bereits die Grundschule Sandheide und die Kita Kempen (damals durch Brandstiftung) abgebrannt waren. Dass dafür ein technischer Fehler an der Photovoltaik-Anlage die Ursache war, zeigt, dass andere Anlagen überprüft werden müssen.

Für die Stadt bedeutet das eine noch größere Baustelle als alle bisherigen, bautechnisch, finanziell und bildungsorganisatorisch. Das verschärft die Situation der Stadt mit ihren bisherigen Problemen, die wir hier in unserem Programm aufzeigen.

Die BmU sieht eine klare Priorität in der Organisation einer schnellstmöglichen Wiederaufnahme des Unterrichtsbetriebes in Hochdahl (in einem Container-Komplex) und einer äußerst schnellen Neubauplanung und deren Umsetzung. Den entsprechenden Appell der Eltern unterstützen wir. Dies wird zu einem konkreten Test für den angekündigten Bürokratieabbau in Bund und Land. Bis dahin müssen beide Schulen in ihrer Arbeit im Übergangsgebäude in Düsseldorf-Benrath unterstützt und der Transport der Schülerschaft vertraglich gestaltet werden.

Wir verstehen unser Programm als weiterentwickelbar, wenn die Situation dies erfordert. In dieser Form können wir unser Programm natürlich nur dann umsetzen, sofern wir dafür die notwendige Mehrheit bekämen.

„Nur wer weiß, woher er kommt, weiß, wohin er geht“ - Theodor Heuss.

Wir müssen auf die Situation 2025 eingehen, bevor der immer schwieriger werdende Blick in die Zukunft bis 2030 skizziert wird.

Kommunale Selbstverwaltung (und nur das ist der Auftrag der Gemeindeordnung für einen Stadtrat) beginnt mit der Beschreibung der Wirklichkeit, leitet Konsequenzen ab und setzt sie um.

Die Grundlagen Erkraths werden sich in einem (außer in Kriegszeiten) nie dagewesenen, selbstbeschleunigenden Tempo verändern. Die äußeren Rahmenbedingungen sind miserabel: Krieg in Europa, die Wirtschaft ist im dritten Rezessionsjahr, Wirtschaftskrieg mit den USA, Fachkräftemangel, zu geringe Integrationserfolge, Abhängigkeit vom Ausland bei Halbleitern, Medikamenten und Energie, Verschuldung des Staates - um nur einige zu nennen. Die

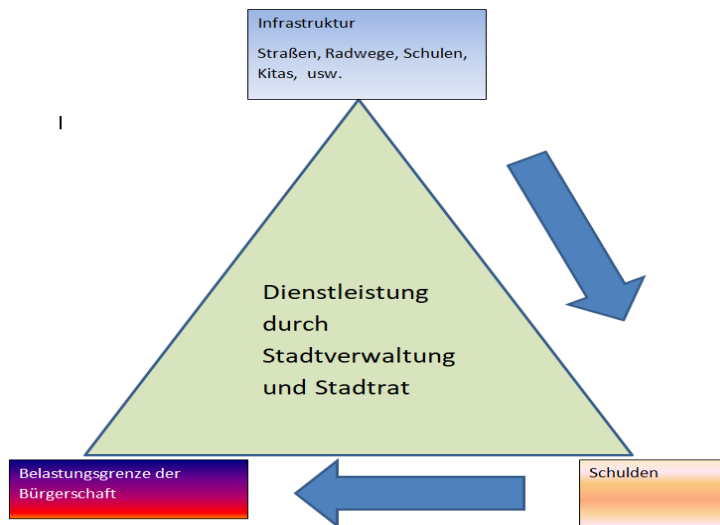
Zeitenwende wendet sich auch gegen eine Kommune wie Erkrath. Schuldenkoalition in Erkrath, wie in Berlin.

Auch die Verhältnisse in Erkrath bewegen sich dramatisch. Die Schulden sind 2025 genauso hoch wie das Bilanzvermögen der Stadt. 2028 werden wir doppelt so hohe Schulden haben wie 2025. Die Schuldenkoalition der Bundesregierung wurde in Erkrath bereits vollzogen. Durch dieselben Parteien. Auch in Erkrath nach nicht gehaltenen Wahlversprechen und der Täuschung der Wählerinnen und Wählern.

Schuldenpolitik, Sanierungsbedarf in der Breite der Infrastruktur (ungepflegte Straßen, Radwege, Fußwege, unwürdige Unterbringung Geflüchteter und Obdachloser am Thekhaus)
Grundsteuererhöhung, ungerechte Fernwärmepreise, hohe Strompreise der Stadtwerke, aufblühender politischer Extremismus, Sanierungsstau bei Kinderspielplätzen, Probleme bei der Integration, Betreuung von Menschen mit Unterstützungsbedarf sind die traurige Bilanz. Der hohe Sanierungsbedarf der Erkrather Infrastruktur ist ein (verdeckter) Teil unserer Schuldenlast gegenüber den kommenden Generationen. Die sozialen Spannungen, offene Zerstörungswut und

Aggression (z.B. bei der abgebrannten Grundschule Sandheide, der abgebrannten Kita Kempen, Aggressionen gegen die Feuerwehr an Silvester), Vandalismus. Die Aufgaben werden zahlreicher und schwieriger.

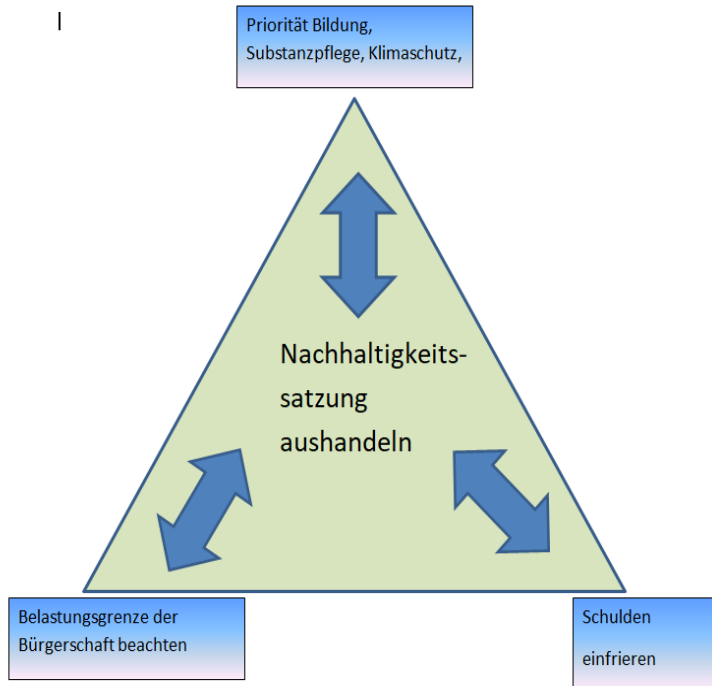
Das Erkrather Dreieck:



Die derzeitige Situation ist seit vielen Jahren absehbar. Immer wieder hat sich die BmU dafür eingesetzt, durch ein freiwilliges Haushaltssicherungskonzept gegenzusteuern. Erst mit der Genehmigung des Haushaltes 2022 hat der Rat der Stadt Erkrath die Erarbeitung eines

freiwilligen Haushaltsoptimierungskonzeptes (kurz: HOK) beschlossen, was wir seit 2010 fordern. Dessen Ergebnisse, von einem Gutachter vorgelegt, scheiterten aber an der Ratsmehrheit. Nun droht als Ergebnis der Rathauspolitik der Eintritt in den Nothaushalt, alle freiwilligen Leistungen (Planetarium, Stellarium (Vertrag läuft 2028 aus), Zuschüsse an Vereine und Sozialverbände, zweite Bücherei, zweites Bürgerbüro, Forum Sandheide usw....) stehen dann zur Disposition. Die Zeit ist vorbei, in der wir versuchen, kranke Systeme zu verbessern, wir müssen zu komplett neuen Wegen aufbrechen:

Unsere Antwort:



Finanzpolitik

Die Finanzdaten Erkraths zeigen, dass **Erkrath keine Zukunft mehr hat**, wenn sich die Stadt weiter so entwickelt wie in den letzten 10 Jahren. Wir bewegen uns mit zunehmendem Tempo in die Überschuldung. Das Geld steckt in wenigen Vorzeigeprojekten. In der Fläche und in der

Zukunft sieht es schlecht aus. Das ist kurzfristig nicht zu stoppen. Verträge sind einzuhalten, Zinsen zu bezahlen. Die Rückzahlung der Kredite und die Zinslast werden wir noch Jahrzehnte abhungern müssen.

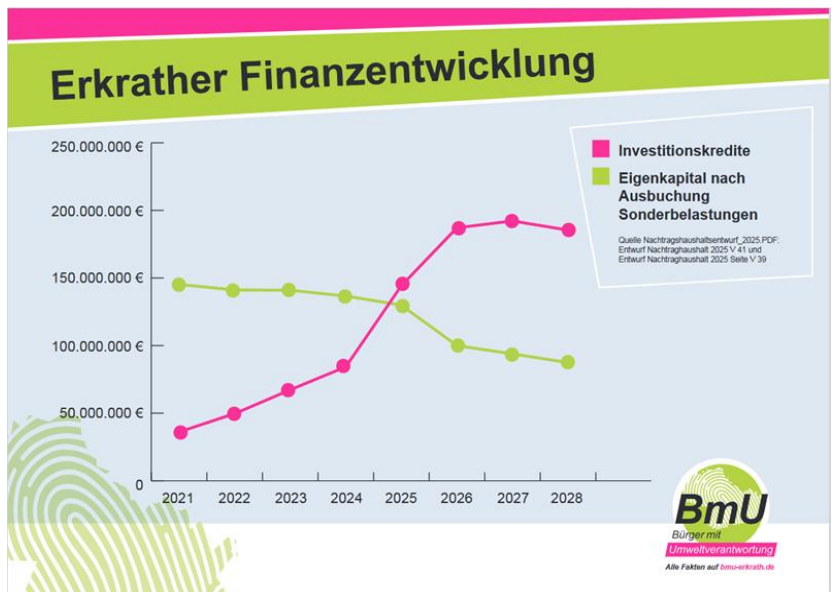
Alle folgenden Ausführungen stehen daher unter dem ausdrücklichen Vorbehalt der Finanzierbarkeit.

2024 liegt das Haushaltsdefizit bei ca. 10 Mio. €. Nur durch Aktivierungsmöglichkeiten im Rahmen des 3. Änderungsgesetzes zum Neuen kommunalen Finanzmanagement (Buchungstricks, mit denen das Land den Kommunen hilft, den Nothaushalt hinauszuzögern) kann dieses Defizit auf rechnerisch unter 7 Mio. € gedrückt werden. Knapp unterhalb der für die verpflichtende Haushaltssicherung wichtigen 5%-Hürde, also rd. 7 Mio. Euro.

Durch die Grundsteuererhöhung rettet sich die Erkrather Schuldenkoalition über die Kommunalwahl. Ab 2026 geht es immer steiler bergab. **2025 summiert sich der prognostizierte Jahresfehlbetrag bereits auf rd. 13 Mio. Euro.**

Hinzu kommen Sonderlasten durch die Schulbrände. Durch Verlustvorträge (einer der neuen Buchungstricks) kann man sich über 1 bis 2 Jahre noch „durchmogeln“. Aber auch die

vorgetragenen und zu verrechnenden Verluste werden die 5% Hürde überschreiten. Allein für die Jahre 2025 bis 2028 wird dies in Erkrath die Aufnahme von weiteren 37 Mio. Euro an Liquiditätskrediten sowie einen kumulierten Eigenkapitalverzehr von rd. 63 Mio. Euro oder 45% nach sich ziehen. 2028 wird allein für Zinsaufwand mit knapp 8 Mio. € gerechnet. Ursache sind die Großprojekte (Feuerwehr, Grundschule Sandheide, Gymnasium Erkrath) die insgesamt ca. 200 Mio. € (Gesamthaushaltsvolumen ca. 180 Mio. €) kosten und die Bilanz allein durch Abschreibung mit über 2 Mio. €/jährlich belasten. Für 70 bzw. 80 Jahre!



Diese Rathauspolitik kann der Steuerzahler, ist er auch noch so fleißig, nicht mehr kompensieren.

Schlimm, denn die Gewerbesteuer sprudelt kräftiger als erwartet: 2024 außerordentlich hohe Rekord- Gewerbesteuererträge von fast 47 Mio €. Unsere Unternehmen sind überdurchschnittlich erfolgreich (hoffentlich schaffen sie das weiterhin trotz düsterer Weltmarkt- und Konjunkturprognosen). Trotzdem reicht es nicht. Wesentliche Teile der Infrastruktur sind sanierungsreif. Beim offenen Ganztag in den Grundschulen wird sogar die Nutzung der Flure mit Klappstühlen diskutiert.

Die Rathausmehrheit verweist bei der Schuldfrage gerne auf ihre Parteifreunde in Land und Bund. Diese treiben es genauso doll wie die Erkrather Schuldenkoalition. Auch Erkrath wird unter der nun steigenden Zinslast leiden. Durch die zusätzlich zu erwartenden Inflationstendenzen wird der Sparstrumpf der Bürgerinnen und Bürger schrumpfen.

Entwicklung des Eigenkapitals

	JA 2008 EUR	Prognose 2009 EUR	Prognose 2010 EUR	Prognose 2011 EUR	Fort. Ansatz 2012 EUR	Planung 2013 EUR	Planung 2014 EUR	Planung 2015 EUR	Planung 2016 EUR	Planung 2017 EUR
Jahresergebnis 2008 bis 2011 = Prognose	-3.858.996	-13.565.000	-7.831.000	-2.339.344	-7.270.043	-7.033.810	-4.472.490	-2.097.100	16.820	7.510
Ausgleichs- rücklage										
Anfangsbestand	24.159.424	20.300.428	6.735.428	0	0	0	0	0	0	16.820
Verringerung (-)	3.858.996	13.565.000	7.831.000	2.339.344	7.270.043	7.033.810	4.472.490	2.097.100		
Zuführung (+)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Schlussbestand	20.300.428	6.735.428	0	0	0	0	0	0	16.820	24.330
Haushaltsausgleich (Ja/Nein)	JA	JA	NEIN	NEIN	NEIN	NEIN	NEIN	NEIN	JA	JA
Allgemeine Rücklage										
Anfangsbestand	185.107.147	185.540.433	185.540.433	184.444.861	182.105.516	174.835.473	167.801.663	163.329.173	161.232.073	161.232.073
Verringerung (-)	-	-	1.095.572	2.339.344	7.270.043	7.033.810	4.472.490	2.097.100	0	0
Verringerung (in %)	-	-	0,59%	1,27%	3,99%	4,02%	2,67%	1,28%	0,00%	0,00%
Zuführung (+)	433.206	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Schlussbestand	185.540.433	185.540.433	184.444.861	182.105.516	174.835.473	167.801.663	163.329.173	161.232.073	161.232.073	161.232.073

Quelle: Stadt Erkrath Haushaltsplan 2025. (Inzwischen haben sich die Zahlen weiter verschlechtert.)

Unsere Forderung an das Land NRW und den Bund:

- Weniger Bürokratie für Kommunen und Gewerbe
- Höherer Einkommensteueranteil der Kommunen
- Freistellung der Kommunen von den Kosten der Eingliederungshilfen



- Freistellung der Kommunen von den Kosten der Flüchtlingsunterbringung
- Altschuldenhilfen für Erkrath

Direkt anpacken können wir aber zunächst nur in Erkrath:

Wir haben ein **unabhängiges Gutachten von renommierten Fachleuten (pwc)** erwirken können, das klar Fehler und Lösungsansätze benennt: Die Gleichzeitigkeit mehrerer Großprojekte. Die Rathausmehrheit hat keine Konsequenzen daraus gezogen.
Für all diese Projekte gab es kostengünstige Alternativen, die wir ins Gespräch gebracht haben:

Grundschule Sandheide: Die alte Turnhalle hätte völlig ausgereicht. Die (auch pädagogisch fragwürdige) Kombination mit der Förderschule hat ganze Schülergenerationen in das Provisorium Schmiedestraße verschlagen. Ohne diese hätte man kein Änderungsverfahren zum Bebauungsplan gebraucht und keine weitere große Sporthalle.

Gymnasium Erkrath: Eine Begrenzung der Zügigkeit und damit weniger für Düsseldorfer Schüler bauen, welche in absehbarer Zeit wegen des enormen Schulbauprogrammes in Düsseldorf und sinkender Geburtenjahrgänge sowieso nicht mehr kommen. Etwa 40% der Schülerschaft stammt nicht aus Erkrath.

Feuerwache: Neue Hauptwache auf die Neanderhöhe. Ehrenamtliche Löschzüge am sanierten alten Standort.

Klar, die jetzigen Lösungen entsprechen den Wünschen eher – aber umso tiefer fällt Erkrath jetzt in das Finanzloch und greift der Bürgerschaft immer umfangreicher in ihr Portemonnaie.

Für Erkrather Verhältnisse sind diese Großprojekte eine Nummer zu groß ausgefallen.

Ressourcen für die laufenden und zusätzliche Aufgaben fehlen.

Die Grundsteuererhöhung und zusätzlich das neue Grundsteuermodell sorgen für weitere Probleme.

Nur durch Buchungstricks (aus konsumtiven werden investive Ausgaben = die Belastung auf die Zukunft verschoben, Verlustvorträge und

fiktive „globale Minderausgaben“), welche das Land zunehmend eröffnet, ist der Erkrather Haushalt noch genehmigungsfähig.

Nach der Kommunalwahl wird es ein böses Erwachen geben.

Das von der Mehrheitsfraktion 2020 gegebene Versprechen “auf keinen Fall” die Steuern zu erhöhen, wurde bereits gebrochen. Das war kein Einzelfall. Die größte Fraktion in Erkrath hatte bereits 2003 die Steuern erhöht, in ihrem Wahlprogramm aber das Gegenteil versprochen. Auch gegenüber der BmU wurden feste Vereinbarungen gebrochen.

Wir müssen endlich die auseinanderlaufenden Notwendigkeiten und die Finanzplanung wieder zusammenbringen. Dafür ist eine Nachhaltigkeitssatzung notwendig.

Prinzipien einer **Nachhaltigkeitssatzung** sind:

Die **wichtigsten** Maßnahmen werden bei den Ausgaben ausreichend abgebildet.

Die Einnahmen müssen dabei langfristig und generationengerecht den Haushalt decken, sodass das Schuldenniveau nicht weiter steigt.

Das bedeutet auch, dass die Verwaltung und die Bürgerschaft ggf. sehr deutliche Einschränkungen in den bisherigen städtischen Leistungen in Kauf nehmen müssen, keine zusätzlichen Leistungen mehr erbracht werden, soweit sie nicht durch Einsparungen gegenfinanziert werden oder unabweisbar sind.

Jeder zusätzliche Einwohner kostet die Stadt mehr Geld als er einbringt. Abgesehen von kleineren Flächen (An der Gink z.B.) sind größere Ausweitungen des Wohnungsangebotes wie z.B. am Wimmersberg (800 Wohnungen sind hier genehmigungsfähig) nicht mehr finanziell zu stemmen.

Einnahmensteigerungen sind zwingend und ermöglichen wir in der Gewerbeansiedlung auf der Neanderhöhe (Antrag der BmU) sowie die verstärkte Werbung um die Ansiedlung weiterer Rechenzentren. Alles, was nicht durch Gewerbe erwirtschaftet wird, muss die Bürgerschaft durch höhere Steuern erwirtschaften. Im Gegensatz zur Politik der Vergangenheit muss der Trend zur Umwandlung von Gewerbe- in Wohngebiete gestoppt werden.

Die Neanderhöhe darf nur mit sehr steuerstarken Unternehmen besiedelt werden. Die Steuereinnahmen sind der Zweck des neuen Gewerbegebietes dort.

Der Stadtrat muss mit **Sparsamkeit** vorangehen: Inzwischen (2024) haben wir 48 Ratsmitglieder. Leider wurde der Antrag der BmU, den Stadtrat zu verkleinern, abgelehnt.

Noch größer ist das Einsparpotenzial bei der Verwaltung selbst. Allerdings sind auch viele Tätigkeiten Pflichtaufgaben, auf die man nicht einfach verzichten kann. Die Zahl politischer Beamtinnen und Beamter (Beigeordnete) ist gemessen an der Größe Erkraths zu hoch. Bei nächster Gelegenheit (Inhaber scheidet aus) ist auf eine Beigeordnetenstelle zu verzichten.

Verwaltungspersonal

Logisch ist, dass der größte Ausgabenposten in einem Serviceunternehmen das Personal ist. Privatisierungsansätze, die wir sehr unterstützt

haben, (z.B. die Reinigung der Schulen) sind gescheitert, da die Leistung nicht stimmte. Wir mussten die Erfahrung machen, dass die Privatwirtschaft in dieser Breite die öffentliche Hand als Melkkuh betrachtet. Verwaltungskosten sind in erster Linie Personalkosten. Oft nur dafür da, den Mangel zu verwalten. Das ist die erste Quelle von Frust. Nicht selten entlädt sich der Frust der Bürgerschaft auf Mitarbeitende, die gar nicht die Möglichkeiten haben, alle Bürgerwünsche zu erfüllen.

Im Grunde ist „die Stadt“ - „die Stadtverwaltung“ ein Dienstleistungsunternehmen und die Ratsmitglieder haben weniger eine politische als eine Selbstverwaltungsaufgabe für Erkrath. Wer Ratsmitglied wird, sagt: Ich kann Verwaltung! Und erst in zweiter Linie: Ich kann auch Politik. Für letztere bieten die Parlamente genug Möglichkeiten. So sieht es die Gemeindeordnung vor, aber schon früh ist dieses Organ „kommunale Selbstverwaltung“ Opfer politischer Ränke, Sprungbrett politischer Karrieren und gesellschaftspolitischer Auseinandersetzung geworden.

Unser Verwaltungspersonal wird inzwischen regelmäßig in den Boxkäfig der

Ausschusssitzungen und des Rates gestellt, obwohl das eigentlich die Aufgabe der politischen Beamten ist. Diese sollten in der Sache so firm sein, dass sie im Ausschuss Rede und Antwort stehen können. Das führt zu erheblichem Frust bei den Beschäftigten.

Der Stadtrat ist schlecht beraten, diesen Frust noch zu steigern, indem er mit einer knappen Personalausstattung zur Überforderung der Verbliebenen beiträgt, zumal die Anzahl der politischen Beamten (Beigeordnete) gegen unseren Widerstand ganz überdurchschnittlich ist, gemessen an der Größe der Verwaltungseinheit.

Auf der anderen Seite:

Die Stadt Erkrath ist ein guter Arbeitgeber, wenn Themen wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Frauenförderung, soziale Unterstützung in Krisensituationen, Möglichkeit für Homeoffice, Jobticket usw. usw. aufgerufen sind.

Die Stadt Erkrath bietet ein sehr gutes Umfeld mit Potenzial (Natur, Mobilität). Das müsste motivieren auch hier zu arbeiten.

Die überschaubare Größe der Stadt bewirkt, dass die meisten Mitarbeitenden direkten Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern haben, für welche sie arbeiten, oder viele davon kennen. Zu Recht können die Mitarbeitenden zufrieden und stolz sein.

Die Schuldenkoalition in Berlin löst in den nächsten Jahren einen noch mal verschärften Wettbewerb um Verwaltungskräfte, Ingenieure, Projektleiter aus.

Das starre Tarifsysteem des öffentlichen Dienstes (und auch die Verschuldung in Erkrath) lassen der Stadt kaum noch Spielraum.

Vorzuschlagen ist, dass weniger Mitarbeiter in die politischen Gremien geschickt werden, hier sollen die politischen Beamten ihren Job machen. Die sind auch deswegen die Spitzenverdiener im Rathaus.

Einer der größten Mangelfaktoren ist bezahlbarer, angemessener Wohnraum. Also sollte die Stadt sich überlegen, für neue Mitarbeitende „von außen“ auch attraktive Betriebswohnungen anzubieten. Zusammen mit Erkrather Unternehmen, die ja auch Fachkräfte rekrutieren wollen, könnte man gemeinsam Wohngebäude

nutzen. Besonders kleinere Unternehmen brauchen hier proaktive Unterstützung durch die Stadt.

Es werden in Kooperation mit Unternehmen Maßnahmen in der behördlichen (u.a. Betriebssport, Aktionen, Kurse, Vorträge, Workshops) und privaten Gesundheitsförderung (u.a. E-Bike-Förderung, Kooperationen mit örtlichen Sportvereinen, Rabatte im Gesundheitsbereich) eingeleitet, die auf die Anforderungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zugeschnitten sind.

Unbezahlbar bleibt die wesentliche Motivation in der Personalführung:

Wertschätzung.

Daran können die BmU, die Politik und alle Bürgerinnen und Bürger mitwirken.

Aufgabenfeld Bildung

Die Kinder und ihre Familien im Blick - für eine familienfreundliche Stadt

Die familienfreundliche Stadt beginnt für uns mit der Geburt. Eine gute Beratung der Eltern durch die „Frühen Hilfen“ und bei Bedarf das Angebot von Sprachförderkursen für zugewanderte Eltern muss erhalten bleiben. Auf unsere Initiative hin wurde 2009 das „Babybegrüßungspaket“ eingeführt.

Immer weniger sind Beruf und Familie vereinbar, da eine qualitativ gute und vor allem verlässliche Kita- und Ganztagsbetreuung nicht sichergestellt ist.

Die BmU-Fraktion hat stets alle Maßnahmen unterstützt, dass genügend U3- und Ü3-Kitaplätze sowie OGS-Plätze in den Grundschulen zur Verfügung stehen. Aufgrund des Fachkräftemangels und fehlerhafter Prognosen ist die Versorgung allerdings aktuell nicht gesichert. Immer wieder hat die BmU einzelne Maßnahmen vorgeschlagen, um Kita-Schließungen zu verringern. Es ist versäumt worden, ausreichend qualifizierten Erzieherinnen ein attraktives Berufsfeld zu erschließen. Richtig ist, bei massiven unvermeidbaren Kita-Schließungen wenigstens einen Teil der Elternbeiträge zu erstatten. Ab 2026 beginnt der Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung in Grundschulen. Im Moment sehen wir unsere

Grundschulen darauf nicht gut vorbereitet.
Unsere Leitfrage ist: Wie muss der Ganzttag aussehen, damit die Kinder bis 18:00 Uhr in der Schule bleiben „wollen“!

Die Ganztagsbetreuung ist eine Chance, die Bildungsungerechtigkeit etwas auszubalancieren.

Der Aufbau der U3-Tagespflege wurde von uns immer unterstützt, es muss darauf geachtet werden, dass dieser wichtige Bereich sich nicht reduziert.

Die BmU hat maßgeblich an der Entwicklung der einkommensabhängigen Entgeltordnungen für die Tagespflege, Kitas und OGS mitgewirkt. Und auch die kostenfreie Betreuung von Geschwisterkindern gehört für uns zu einer fairen Gestaltung der Kinderbetreuungsgebühren.

Alle KiTas in städtischer Trägerschaft streben die Zertifizierung als Faire KiTa an.

Unzufrieden sind wir mit der zu langsamen Ertüchtigung der Spielplätze. Der Plan aus dem Jahr 2019 wurde nur zu 1/3 erfüllt. Das was umgesetzt wurde, ist allerdings von erfreulicher Qualität. Die BmU musste jedoch erst einen Antrag zur stärkeren Berücksichtigung von

inklusiven Spielgeräten für Kinder mit Handicap einbringen.

Besondere Sorgen machen uns die steigenden Fallzahlen von Straftaten strafunmündiger Kinder. Wir begrüßen daher Projekte zur Prävention. Aber auch die (rechtsextreme, islamistische) Radikalisierung einiger Jugendlicher macht uns Sorgen.

Endlich wird eine langjährige Forderung der BmU erfüllt: Das Jugendamt befindet sich im Aufstellungsprozess eines Kinder- und Jugendförderplans.

Mit Bernhard Osterwind hat die BmU den Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses von 2020 bis 2025 gestellt.

Die bestehenden Schulen benötigen unsere Unterstützung

Die jetzigen Schülerinnen und Schüler sollen unseren Wohlstand sichern, den Schuldenberg finanzieren und Goldgräber des digitalen Wandels werden. Sie sind die Start-up-Hubs von morgen. Die bisherigen Schulentwicklungspläne

haben deutlich aufgezeigt, dass die Erkrather Schullandschaft gut aufgestellt ist. Die bestehenden Schulen machen eine gute Arbeit, so gut es der Lehrermangel eben zulässt. Bei den weiterführenden Schulen soll besonders erwähnt werden, dass die Hauptschule bei vielen Ausbildungsbetrieben einen guten Ruf hat. Die Ausstattung der Schulen muss die Informationskompetenz der Schülerinnen und Schüler stärken. Demokratiebildung und Partizipation prägt sich auch in der Schule.

Daher spricht sich die BmU gegen einen Umbruch der Schullandschaft aus. Die Gründung einer Gesamtschule würde die Schließung mehrerer bestehender und gut funktionierender Schulen und einen massiven Pendelverkehr zwischen den Stadtteilen bedeuten. Ein beschriebenes Szenario für die weiterführenden Schulen sähe wie folgt aus: Gesamtschule in Hochdahl, ein Gymnasium in Alt-Erkrath – und somit die Schließung aller anderen weiterführenden Schulen.

Wir würden eine vielfältige und lebendige Schullandschaft verlieren. Und eine Schülertransportsituation schaffen, die wir angesichts der Erfahrungen mit dem nach dem Schulgroßbrand leider notwendigen

Buspendelverkehr von Hochdahl nach Düsseldorf-Benrath nicht wiederholen wollen.

Immer wieder muss das Thema Sichere Schulwege angesprochen werden.

U.a. hinsichtlich der Verkehrssituation an den Grundschulen in Millrath und an der Falkenstraße hat die BmU Vorschläge und Anträge eingebracht. Die Schulwegepläne hat die BmU vor Jahren maßgeblich mit auf den Weg gebracht und daran aktiv mitgearbeitet. Sie liegen für alle Schulen vor und müssen regelmäßig überarbeitet werden. Die Einrichtung von Elternhaltestellen nach dem Konzept des Kreises Mettmann/ Verkehrswacht wird an allen Grundschulen geprüft. Die Schulen müssen mit einbezogen werden.

Endlich Sanierungspläne für Kitas und Schulen erstellen und umsetzen

Bereits 2017 wurde aufgrund der Anträge der BmU beschlossen, dass die Stadtverwaltung Sanierungspläne für die Kita- und Schulgebäude erstellen muss. Diese liegen bis heute nicht vor. In der Bauverwaltung existiert über Jahre eine Schieflage, personell lag der Fokus mehr auf den (auch notwendigen) Neubauten. Wir kritisieren,

dass die Personalverteilung nicht ausgewogen ist und der Bereich der Betreuung der Bestandsgebäude im Verhältnis unterrepräsentiert war.

Für die Kinder und auch hinsichtlich der Stadtfinanzen müssen Sanierungen im Sinne des Substanzerhalts verstärkt angegangen werden.

Dies zeigt sich auch im Ausbau der OGS-Plätze, wenn die Verwaltung in einigen Grundschulen die Betreuung der zusätzlichen Kinder auf den Fluren mit Klappstühlen und Klapptischen sicherstellen will. Dies darf aus Sicht der BmU höchstens eine Notmaßnahme sein, um den Rechtsanspruch ab 2026 gewährleisten zu können. Mit einer langfristigen Planung hätte man dies vermeiden können.

Nach dem Brandanschlag auf die Grundschule Sandheide hat die Planung des Wiederaufbaus leider zu lange (2026) gedauert, zum Leidwesen der Kinder und Lehrkräfte. Die Planung eines Campus aus Grundschule und Förderschule hält die BmU aus pädagogischen und besonders aus zeitlichen Gründen weiterhin für falsch. Auch Planungsfehler, wie die ursprüngliche Planung eines Bolzplatzes auf dem Turnhallendach, haben

den Bau verzögert und verteuert. Schade, dass auch die Planung des Gebäudes modernen pädagogischen Ansprüchen (z.B. das Konzept Lernwohnung) nach unserer Meinung nicht gerecht wird. Das Raumkonzept ist der „dritte Pädagoge“ mit Wirkung auf das soziale Miteinander und den Umgang mit sozialer Vielfalt. Die Pläne am Gymnasium Erkrath bilden das ab, die der Grundschule Sandheide leider nicht. Nun gilt es, trotzdem das Beste daraus zu machen.

Nachdem immer wieder von uns angemahnte und dringend notwendige Sanierungsmaßnahmen des bisherigen Gebäudes des GymNeander in Alt-Erkrath völlig vernachlässigt worden waren, war der Beschluss eines Neubaus für voraussichtlich 100 Millionen Euro die Konsequenz. Allerdings fällt dieser aus Sicht der BmU zu groß aus. Angesichts von etwa 40% auswärtiger Schülerinnen und Schüler und dem massiven Schulraumausbau in Düsseldorf bei sinkenden Geburtenzahlen wäre für den Erkrather Bedarf eine kleinere und damit günstigere Planung ausreichend gewesen.

Dem Grundsatzbeschluss zum Neubau des GymNeander hatte die BmU nur unter der

Bedingung zugestimmt, dass gleichzeitig auch die Sanierung der anderen Schulen und der Kitas verstärkt angegangen wird.

Bei Realschule und Gymnasium in Hochdahl war von der Verwaltung zunächst bloß eine längst überfällige Brandschutzsanierung geplant. Nur durch das permanente Nachhaken der BmU und die massive Intervention der Elternschaft wurde auch eine energetische Sanierung begonnen. Andernfalls hätten die Schulen nach einer ersten lauten Sanierung eine zweite ertragen müssen. Besser so für die Schülerschaft, die Lehrerschaft, das Klima und die Stadtfinanzen. Allerdings hat der Großbrand vom 13. Mai 2025, bei dem beide Schulgebäude zerstört worden waren, dieses Projekt beendet.

Schneller Wiederaufbau von Realschule und Gymnasium Hochdahl

Nun geht es zum einen um eine schnelle Errichtung eines Ausweichquartiers in Hochdahl, damit die Schülerschaft wieder fußläufig oder per Rad die Schule erreichen kann und die Pendelsituation nach Benrath schnellstmöglich beendet wird.

Zum anderen muss der Wiederaufbau zügig auf

den Weg gebracht und umgesetzt werden. Für eine vielfältige Schullandschaft in Hochdahl.

Stadt der Nachbarschaften

Wir fördern Selbsthilfeideen zur Bildung nachhaltiger Nachbarschaften. Beispielhaft dafür ist die Nachbarschaft Hüttenstraße.

Die Nachbarschaft Hüttenstraße verfolgt z.B. die Idee eines Mehrgenerationenplatzes mit biodiversen Außenanlagen und Bürgerbeteiligung in Form "aktiver Nachbarschaft" am Bolzplatz Hüttenstraße.

Nachbarschaft braucht einen Raum, in welchem sie stattfinden kann.

In jeder Nachbarschaft ist ein öffentlicher Raum, der zur gemeinsamen Aktivität und als Treffpunkt generationenübergreifend einlädt, zu aktivieren.

Wir bedauern sehr, dass es uns mit dem Bürgerbegehren zur Rettung der Hasenwiese nicht gelungen ist, die letzte offene Wiese als Treffpunkt der Nachbarschaft in Millrath-West zu erhalten.

Nachbarschaftliche Aktivitäten, Straßenfeste, Vereinsaktivitäten müssen aber aus der Mitte der Bürgerschaft selbst wachsen. Die Stadt kann im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit unterstützen.

Zu einer guten Nachbarschaft gehört auch, dass man aufeinander achtet. Das **Sicherheitsgefühl** vieler Mitbürgerinnen hat sich allerdings verschlechtert. Die Stadt ist mit verschiedenen präventiven Angeboten nicht untätig, aber die BmU unterstützt auch weitere Maßnahmen. So hat sie das Hilfsangebot „Luisa ist hier“ für Frauen, die sich bedrängt fühlen, auf den Weg gebracht. Zudem sollte geprüft werden, inwieweit das Flexiangebot der Rheinbahn, ein vergünstigtes Anruf-Sammeltaxi am S-Bahnhof Erkrath, auch auf die Haltepunkte Hochdahl und Millrath ausgeweitet werden kann.

Längst sind die Zeiten vorbei, in denen unsere Bürgerinnen und Bürger regelmäßig und immer wieder auf die Website schauen, um die neuesten Informationen zu erhalten. Die Stadt ist immer mehr in der Bringschuld und dafür stehen viele Möglichkeiten zur Verfügung. **Soziale Netzwerke** wie Instagram und Facebook sind kommerzielle Netzwerke, die es mit dem Datenschutz nicht so genau nehmen und nicht

jeder will das. Als Alternative dazu sollte mit Fediverse/Mastodon eine datenschutzfreundliche Alternative in das Programm aufgenommen werden. Damit wäre Erkrath mit diesem neuen und aufstrebenden Netzwerk ein Vorreiter.

Klimaschutz und Biodiversität als Zukunftsinvestition für Erkrath

Der Klimawandel wird uns schneller, härter und teurer treffen als bisher angenommen. Wertvolle Ökosysteme, die unwiederbringlich verloren gehen, verschwinden – mit ihnen essenzielle Ökosystemleistungen wie saubere Luft, sauberes Wasser und fruchtbare Böden für die Landwirtschaft.

Ein durchdachtes **Konzept für Klimaschutz und Klimaanpassungsmanagement** ist daher nicht nur Umweltschutz, sondern auch eine dringend notwendige Maßnahme zur Katastrophenvorsorge und langfristigen Kosteneinsparung. Wissenschaftliche Erkenntnisse zeigen, dass Extremwetterereignisse

wie Überschwemmungen und Hitzewellen künftig häufiger auftreten werden. Die Politik muss daraus endlich Konsequenzen ziehen, um Schäden und hohe Anpassungskosten zu vermeiden. Jeder investierte Euro in Prävention spart in Zukunft ein Vielfaches an Wiederherstellungs- und Schadenskosten.

Deshalb setzen wir uns für eine **Nachhaltigkeitssatzung** ein, die langfristig in Klimaschutz und Biodiversität investiert, unsere Stadt widerstandsfähig gegenüber zukünftigen Herausforderungen macht und gleichzeitig wirtschaftliche Schäden minimiert. Unser Ziel für die nächsten fünf Jahre ist die Einführung einer Nachhaltigkeitssatzung mit gesicherter Finanzierung – eine Investition, die Umwelt und Haushalt gleichermaßen entlastet. Erkraths Nachhaltigkeitssatzung im Bereich Ökologie soll deutlich verbessert werden.

Ein Beispiel für **nachhaltige Stadtentwicklung** ist unser Antrag für das Gewerbegebiet Neanderhöhe. Wir haben dort bewusst nur einen kleinen Teil der Fläche für Gewerbe freigegeben, während die Freifläche im Norden ökologisch aufgewertet wird. Auf unseren Antrag darf auch dort kein Glyphosat mehr gespritzt werden.

Trotzdem werden von solchen Flächen erhebliche negative Auswirkungen auf das

Naturschutzgebiet Neandertal ausgehen.

Insgesamt haben wir durchgesetzt, dass städtische Ackerflächen nicht mehr mit Glyphosat gespritzt werden. Wissenschaftliche Studien zeigen aber, dass intensive Landwirtschaft auch ohne Glyphosat sogar in Naturschutzgebieten das Arten- und Insektensterben beschleunigt. Auf dem Gewerbeanteil der Neanderhöhe werden Hecken zur Biotopvernetzung und Pflanzgebote z.B. für Bäume sowie ein Lichtkonzept dafür sorgen, dass von ihm weniger schädliche Emissionen ausgehen als vorher von der konventionellen Landwirtschaft. Hinzu kommen nach Möglichkeit Rigolen, die ebenfalls ein noch besseres Regenwassermanagement ermöglichen als beim konventionellen Ackerbau auf dem Lössboden. Hinzu kommen weit über das notwendige Maß hinausgehende Ausgleichsmaßnahmen.

Die Akzeptanz zum Thema Klimaanpassung im Rat und bei der Stadtverwaltung ändert sich bereits und es findet ein Umdenken statt. Durch einen Antrag der BmU im Fachausschuss Umwelt

und Planung wurde der Bauträger Catella für die Bebauung Wimmersberg durch Mehrheitsbeschluss dazu verpflichtet, bodengebundene Fassadenbegrünungen mittels Rankgitter an der Straßenseite zur Schlüterstraße vorzusehen, um die Hitzeentwicklung an der Fassade und den Rückstrahleffekt an die Umgebung zu minimieren.

Um die Natur langfristig zu schützen, wird auf der Neanderhöhe anstelle von intensiv bearbeiteten Ackerflächen ein 15 Meter breiter Streifen mit artenreichen Hecken als Biotopverbund angelegt. Weitere Maßnahmen wie Dach- und Fassadenbegrünungen, Photovoltaikanlagen und Regenwasserspeicherung sorgen dafür, dass selbst in Trockenperioden eine ausreichende Wasserversorgung für die Vegetation gewährleistet ist. Auch die Pflanzung klimaresilienter, heimischer Bäume trägt zur ökologischen Verantwortung bei.

Neben der Bewahrung von Kleinklima-Gebieten setzen wir uns für Blühwiesen und die naturnahe Nutzung ehemaliger Steingärten ein. Der Schutz der Feuchtwiesen in Bruchhausen zeigt, dass konsequentes ökologisches Engagement Wirkung zeigt – er geht maßgeblich auf die Arbeit der

Gründergeneration der BmU von 1988 zurück. Auch der Bereich „Kleines Bruchhaus“ sollte aus unserer Sicht nicht bebaut werden.

Bei der Nutzung von Flächen zur Erzeugung regenerativer Energien müssen Artenschutzmaßnahmen berücksichtigt und Versiegelungen minimiert werden. Unser schon seit Längerem vorgetragener Vorschlag ist es, Parkplätze und Straßen mit Photovoltaikanlagen zu überdachen, um regenerative Energie effizient zu nutzen. In diese Anregungen binden wir auch die Errichtung von PV-Fassaden und PV-Anlagen an Lärmschutzwänden ein.

Zudem setzen wir uns für energieeinsparende Maßnahmen, die rasche **Dekarbonisierung der Fernwärme** (bereits 2019 haben wir die Prüfung der Tiefengeothermie angeregt) sowie eine Verbesserung des ÖPNV und der Radinfrastruktur ein – ohne ideologische Konflikte gegen das Auto.

Ein weiteres Beispiel für unser Engagement ist die Schaffung von Mikrowäldern auf ungenutzten Friedhofsflächen. Diese könnten nicht nur zur CO₂-Speicherung beitragen, sondern auch die **Biodiversität** fördern. Ebenso setzen wir auf Maßnahmen wie intensive Dachbegrünungen,

Biodiversitätsdächer und die Pflanzung klimaresilienter und gleichermaßen ökologisch wertvoller Bäume als Hochwasserschutz.

Die Biodiversitätsstrategie fordert eine stärkere Verknüpfung von Stadtplanung und Biodiversitätszielen. In der Praxis bedeutet das, dass Städte und Gemeinden, wie auch Erkrath, ihre Planungen an die Anforderungen der NBS 2030 anpassen sollten. Dabei ist es wichtig, die Förderung der Biodiversität und eine nachhaltige städtische Entwicklung in die Bauleitplanung und Bebauungspläne einzubeziehen. Alle Planungen und Bauvorhaben müssen daraufhin überprüft werden, ob sie mit den Anpassungszielen von Kommune und Bund vereinbar sind. Bestehende Gebäude und öffentliche Flächen sollten auf ihre Eignung für biodiversitätsfördernde Maßnahmen wie z.B. **Fassadenbegrünungen, Lichtverschmutzungsreduktion und Regenwassernutzung** hin untersucht werden. Auch bei Neubauten, Erweiterungen und Sanierungen müssen biodiversitätsfreundliche Standards berücksichtigt werden. Deshalb setzen wir uns für eine Überarbeitung der Bauleitplanung und Bebauungspläne in Bezug auf Klimaschutz, Ökologie und Nachhaltigkeit ein, um

eine ökologischere und klimaangepasste Stadtentwicklung zu gewährleisten.

Die BmU hat eine Checkliste für eine klimaschützende und klimaangepasste Bauleitplanung vorgelegt. Diese Liste ist vom Fachausschuss im April 2025 fast einstimmig angenommen worden. Weitere Verbesserungsvorschläge gab es nicht.

Wir setzen außerdem auf die Umstellung bestehender Beleuchtungsanlagen auf energieeffiziente und biodiversitätsfreundliche Technologien. Eine Beleuchtungssatzung sowie textliche Festlegungen zur Reduzierung von Lichtverschmutzung gemäß der NBS 2030, Handlungsfeld 15.4, sind derzeit in Vorbereitung und sollen Ende des Jahres vorgestellt werden. Durch die konsequente Umsetzung dieser Maßnahmen erwarten wir erhebliche Energieeinsparungen im Bereich der Straßen- und Wegebeleuchtung. Auf unsere Initiative hin bereitet die Stadt aktuell eine Aufklärungskampagne zum Thema verantwortungsbewusste Beleuchtung vor, die bald der Öffentlichkeit präsentiert wird.

Erschreckend, dass der **Igelbestand** in Deutschland in den letzten 10 Jahren sich halbiert hat und der Insektenfresser bald auf der Roten Liste geführt werden muss. Die BmU hat hier eine Aufklärungskampagne durchgesetzt und von ihr ging das kreisweite Verbot aus, nachts Mähroboter laufen zu lassen.

Ein wichtiger Fortschritt ist die im Februar erfolgte Mitgliedschaft Erkraths im Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“, die auf unsere erneute Initiative hin zustande kam. Dadurch erhält Erkrath Zugang zu wertvollen Erfahrungen und bewährten Maßnahmen von über 480 Kommunen – bei minimalem finanziellem Aufwand.

Die Stadtwerke Erkrath sollten ebenfalls einbezogen werden. Im Rahmen der Nationalen Biodiversitätsstrategie plant die Bundesregierung bis 2030, den Wert des Naturkapitals – also Ökosysteme und ihre Leistungen – stärker in der jährlichen Wirtschaftsberichterstattung sowie in politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen zu berücksichtigen. Auch bei der Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen durch öffentliche Unternehmen sollen Biodiversitätskriterien in geeigneten Fällen berücksichtigt werden, um der Wirtschaft wichtige Signale zu senden.

Diese Vorgaben zielen darauf ab, nachhaltige Unternehmen bei öffentlichen Vergaben zu fördern und die Integration von Biodiversität in Geschäftsmodelle zu unterstützen. Zusätzlich sollen Nachhaltigkeitsrisiken in die Kreditratings großer Ratingagenturen einfließen. Städte und Unternehmen, die Biodiversitätsmaßnahmen umsetzen, könnten dadurch langfristig bessere Kreditkonditionen erhalten. Nachhaltige Investitionen in Ökosystemleistungen werden künftig als Risikominderung in Finanzratings positiv bewertet.

Erkrath muss jetzt handeln und die Grundlagen für eine zukunftsfähige Wirtschaft schaffen. Wer frühzeitig in Biodiversität und nachhaltige Stadtentwicklung investiert, profitiert sowohl ökologisch als auch finanziell. Erkrath und ansässige Unternehmen können als Vorreiter zeigen, wie sich eine Stadt erfolgreich auf kommende Herausforderungen einstellt. Wir unterstützen Stadt und Bürger aktiv dabei, diese Chancen zu nutzen und gemeinsam eine lebenswerte, nachhaltige Zukunft zu gestalten.

Die Nationale Strategie zur Biologischen Vielfalt 2030 (NBS 2030) betont die Bedeutung früher Investitionen in Biodiversität und nachhaltige

Stadtentwicklung. Im Handlungsfeld 11 Städte und Siedlungen wird hervorgehoben, dass Maßnahmen wie die Schaffung von Grünflächen, die Begrünung von Dächern und Fassaden sowie die Förderung der biologischen Vielfalt langfristig Kosten senken. Sie reduzieren Hitzeinseln, verbessern das Mikroklima und steigern die Lebensqualität.

Zudem unterstreicht die NBS 2030 die Rolle von Unternehmen bei der Integration von Biodiversitätsaspekten in ihre Geschäftsmodelle. Nachhaltige Praktiken tragen nicht nur zum Schutz der Natur bei, sondern bieten auch wirtschaftliche Vorteile, etwa durch neue Marktchancen und eine höhere Wettbewerbsfähigkeit.

Durch unsere aktive Unterstützung von Stadt und Bürgern können diese Chancen genutzt werden, um gemeinsam eine **lebenswerte und nachhaltige Zukunft** zu gestalten.

Zur Erhöhung der Recyclingquote haben wir angeregt, die Gelbe Tonne in eine **Wertstofftonne** umzuwandeln.

Aufgeständerte Photovoltaikanlagen über Parkplätzen und Straßen (wunderbare Südlage

der L 403) hat die BmU bereits vor einigen Jahren, z.B. beim Parkplatz Bismarckstraße, angeregt. Wir freuen uns, dass nun auch eine weitere große Fraktion dieses Thema entdeckt hat. Wir bleiben dran.

Grüne Städte mit Wohlfühlcharakter

Städte mit viel Grün sind nicht nur ökologisch wertvoll, sondern steigern auch die Lebensqualität. Öffentliches und urbanes Grün trägt nachweislich zu mehr Wohlbefinden bei, senkt die Temperaturen in Hitzeperioden, speichert Regenwasser und verbessert die Luftqualität. Erkrath kann zu einer klimaangepassten Stadt werden, die Menschen und Natur gleichermaßen schützt. Das ist dringend, denn der Klimawandel kommt schneller als prognostiziert.

Dazu müssen wir Grünflächen durch entsprechende Oberflächenformen und Artenzusammensetzung anpassen, möglichst entsiegelte Flächen begrünen und Dach- sowie Fassadenbegrünungen vorantreiben. Maßnahmen wie begrünte Innenhöfe und Plätze, schattenspendende Bäume in dicht bebauten

Gebieten und bepflanzte Verkehrsinseln helfen, die Stadt vor Überhitzung zu schützen. Gleichzeitig sorgt die gezielte Speicherung von Regenwasser dafür, dass in Trockenzeiten genug Feuchtigkeit für Pflanzen und Stadtbäume vorhanden ist.

Auch innovative Konzepte wie **„Schwammstädte“** – bei denen Wasser gezielt gespeichert und langsam abgegeben wird – sind in Erkrath umsetzbar. So schützen wir unsere Stadt vor Starkregen und Wassermangel und machen sie gleichzeitig lebenswerter.

Das gilt auch für die Zwischenspeicherung und Versickerung von Oberflächenwasser. Auf der Neanderhöhe z.B. würde bei Umsetzung der engagierten Pläne mit Rigolen, Heckenpflanzung, Baumpflanzung und Dachbegrünung mehr Niederschlagswasser zurückgehalten als zur Zeit der Ackerbaunutzung, bei welcher der Löss, nachdem er einmal nass war, keinen Wassertropfen mehr durchgelassen hat.

Erkrath hat die Chance, durch proaktive Maßnahmen in Biodiversität und nachhaltige Stadtentwicklung ökologisch und ökonomisch zu profitieren. Die NBS 2030 bietet hierfür einen

klaren Rahmen mit konkreten Handlungsempfehlungen.

(Quellen:

<https://www.bmu.de/pressemitteilung/gruener-e-staedte-fuer-mehr-biologische-vielfalt-und-besseres-klima>)

Man kann es nicht verstehen: Überall findet sich **Müll in der Landschaft**, in den Grünstreifen. Die Verbringer richten Ewigkeitsschäden in unseren Böden an. Das gilt für alle Müllsorten, vor allem auch für die Verseuchung durch Zigarettenkippen, deren Verwitterung (was bei den Kunststofffiltern Jahrtausende dauern kann und Mikroplastik erzeugt) giftige Stoffe, die ebenfalls als Teerprodukte kaum abbaubar sind, unvermeidbar in den Nahrungskreislauf gelangen. Daran sterben Menschen. Das ist kein Kavaliersdelikt, sondern Zeichen unseres Bildungsnotstandes.

Auf Antrag der BmU wird 2028 erneut der Bürgerantrag vorgelegt, eine Verpackungssteuer zur Müllverhinderung einzuführen. Auch die Verkäufer von Mitnahmespeisen und -getränken sind bis dahin aufgerufen, durch Mehrweggebinde diese Maßnahme bis dahin

überflüssig zu machen. Gelingt das nicht, wird selbst die Pommes teurer.

Mobilität

Mobilität muss sanfter werden: Mehr Radwege, gute Fußwege, zuverlässiger ÖPNV.

Die Stadtverwaltung sollte selbst mit gutem Beispiel voran gehen, und selbst Nutzfahrzeuge auf CO₂-neutralen Betrieb umstellen. Diesen Prozess hat die Verwaltung bereits begonnen.

Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch. Er will nicht nur in einer gesunden Umwelt und in funktionierenden sozialen Netzwerken leben. Freiheit heißt auch: barrierearm, kostengünstig mobil zu sein. Andere Orte aufsuchen.

Im Vordergrund steht ein respektvolles Miteinander der Verkehrsteilnehmer, wozu wir geeignete Verkehrswege in Erkrath schaffen wollen.

Die Stadt muss insgesamt vom Durchgangsverkehr weitgehend entlastet werden.

Wohn- und Wohnsammelstraßen sollen zu Tempo 30-Zonen, wo noch nicht geschehen, umgewandelt werden.

Schwerlastverkehr wollen wir aus Wohngebieten verbannen.

Wo es passt, können Wohnstraßen zu Fahrradstraßen umgewandelt werden.

Mehr Schnellbusverbindungen sollen den ÖPNV attraktiver machen.

Wir wünschen uns einen weiteren Ausbau des Carsharing Angebots – perspektivisch mit Elektrofahrzeugen. Denn E-Auto-fahren macht Spaß und Carsharing ermöglicht einen einfachen Zugang für alle Bürger zur E-Mobilität. Bis zum Jahr 2030 wird der Anteil des Umweltverbunds am Modal Split auf 50 % und bis 2035 auf 60 % erhöht, soweit das finanziell möglich ist.

Radwege

Unsere Forderung: Das eigene Radwegenetz Schritt für Schritt sanieren und verbessern und nicht die Hausaufgaben anderer Straßenbaulastträger erledigen.

Wir brauchen ein Netz von durchgehenden, sicheren und benutzbaren Radwegen. Dies gilt auch für die geplante Streckenführung der Veloroute durch unsere Stadt. Wir sprechen uns gegen einen Streckenverlauf der geplanten Veloroute durch das Gewerbegebiet Unterfeldhaus wegen des dortigen Schwerlastverkehrs aus. Hier muss eine alternative Umgehung gefunden werden.

Die Radwege sind in einem desolaten Zustand, wie ein von der BmU beantragtes Gutachten durch „Eagle Eye“ zeigt: Wir müssen mehr Geld und Priorität in den Erhalt der Infrastruktur stecken. Weiter den Substanzerhalt zu verzögern,

Sanieren. Verbinden. Vorankommen.

Neue Wege für morgen

14.9.
für Erkrath
BmU

**Ansprechen
was bewegt!**

Lebendig. Laut. Lokal.

wir-koennen-erkrath.de



BmU

Bürger mit

Umweltverantwortung

wir-koennen-erkrath.de



kostet am Ende nur noch mehr Geld. Mit uns wird die Verkehrswende durch ein entsprechend gut ausgebautes Angebot weiterentwickelt. Große Sprünge können wir uns wegen der Finanznot nicht leisten. Funktionalität ist das oberste Gebot. Hochdahl zum Beispiel hat(te) einmal ein sehr schönes, vom Autoverkehr getrenntes Wegenetz, das im Laufe der Jahre stellenweise unbenutzbar geworden ist. Statt Farbe auf die Straße zu malen, fordern wir die Wiederherstellung dieser Wege, damit Straße und Rad möglichst getrennt bleiben.

Fahrradstraßen

Unsere Forderung z.B.: Der Nördliche Ring der Sandheide soll eine Fahrradstraße werden!
Beantragt haben wir das, die Verwaltung war dafür, aber wir fanden keine Mehrheit im Ausschuss.

Diese Straße ist eine wichtige Verbindung (auch für Radfahrer) zwischen der Bergischen Allee und dem Hochdahler Markt und wird leider viel zu oft als schnelle Abkürzung für Autos genutzt. Zahlreiche Beschwerden von Anwohnern haben Recht: So geht es nicht. Eine Fahrradstraße hilft beiden und ist mit wenig Aufwand umsetzbar.

Mit der realen Umsetzung der Fahrradstraße am Millrather Weg sind wir weniger einverstanden. Für die Akzeptanz von Fahrradstraßen ist es aber wichtig, dass bei der Umwandlung keine Parkplätze wegfallen.

Auch an anderen Stellen wird die BmU dies prüfen und sich dafür aussprechen.

PKW-Parkplätze

Unsere Forderung: PKW-Parkplätze nur in Ausnahmefällen reduzieren!

Die bewusste Reduzierung (Beispiele: B-Pläne Wimmersberg, Neue Mitte, Hasenwiese) ist eine Bevormundung der Bürger bei ihrer Mobilität. Erzieherische Maßnahmen zur Veränderung der Mobilitätsstruktur lehnen wir ab. Die CDU folgt diesbezüglich inzwischen den Grünen. Der Suchverkehr ist nicht nachhaltig und belastet die Umwelt unnötig. Am Beispiel der Schinkelstraße haben wir erfolgreich den Antrag gestellt, die Bürger vorher zu befragen. Solche Befragungen wird es mit der BmU immer wieder geben, denn Parkraumangel fördert Nachbarschaftskonflikte. Erst wenn der ÖPNV in

Erkrath ein gutes, pünktliches Angebot darstellt, ein gut ausgebautes Radwegenetz existiert, ein flächendeckendes Car-Sharing-Angebot vorgehalten wird, wird der private PKW verzichtbarer werden. Erst die Voraussetzungen schaffen, dann erst Parkraum einschränken.

Es muss leiser werden in Erkrath!

Leider wurde unsere Forderung der Entlastungsstraße im Bereich Wimmersberg von der Ratsmehrheit abgelehnt. Sie hätte die gesundheitsschädliche Belastung der Innenstadt, z.B. auf der Neanderstraße deutlich verringert.

Betroffene Einwohner

Straßenverkehr		
Intervalle	Einwohner	
	<i>L_{DEN}</i>	<i>L_{NIGHT}</i>
50 - 54		7.848
55 - 59	11.677	1.836
60 - 64	4.121	248
65 - 69	879	3
70 - 74	192	0
> 75	1	0

Schienenverkehr (Summe aus Bund und sonstige)		
Intervalle	Einwohner	
	<i>L_{DEN}</i>	<i>L_{NIGHT}</i>
50 - 54		779
55 - 59	1.071	453
60 - 64	593	10
65 - 69	150	0
70 - 74	< 10	0
> 75	0	0

Betroffene Straßen

- Straßen: A3, A46, L357, L403, L404
- Hauptisenbahnstrecken 2423, 2525 (EBA) und 2550 (EBA)

Quelle: Stadt Erkrath PPP Lärmaktionsplan IV

Unser Einfluss als Stadt auf Kreis- Land- Bundesstraßen (Autobahn) ist allerdings begrenzt.

Verkehrslärm macht ab einer gewissen Intensität krank. Eine der einfachsten Möglichkeiten ihn zu reduzieren ist die konsequente Umsetzung des beschlossenen Lärmaktionsplanes, dessen Aktualisierung wir regelmäßig gefordert haben. Das bedeutet z.B., dass alle Nebenstraßen als Tempo-30-Zonen ausgewiesen werden und auch Straßen, die baulich eher dem Charakter einer Tempo-30-Zone entsprechen (z.B. Gerhart-

Hauptmann-Straße), ebenfalls umgewandelt werden. Hier kämpfen wir sprichwörtlich gegen Windmühlen und widersprüchliche Regelungen von Bund, Land, Kreis und Kommune. Straßendecken sollen künftig mit Flüsterasphalt versehen werden. Wo es sinnvoll ist, haben wir erfolgreich Durchfahrtsverbote für LKW beantragt (Millrather Weg).

Mögliche weitere Maßnahmen

- Geschwindigkeitsreduzierung: moderate Abnahme der Betroffenen um 15–17 %
- Lärmarme Fahrbahnoberfläche A46: moderate Abnahme der Betroffenen um 15–24 %

Kombination 100 km/h auf A3 + A46 + Einbau lärmarmen Straßenbelag A46 + 30 km/h auf L403:

- ca. 5.500 Betroffene (L_{DEN}) = 33 % bzw. ca. 4.500 Betroffene (L_{Night}) = 46 % entfallen.

Kein Einfluss durch die Stadt Erkrath!

Besonders aktiv waren wir auch beim Lärmschutz an der Eisenbahn. Bei den nun zu errichtenden Lärmschutzwänden setzen wir uns für deren

Begründung ein. Der Lärmschutz ist für Abschnitte in den Bereichen Erkrath (Bahnstraße, Schlüter- und Kreuzstraße), Hochdahl (Hüttenstraße, Hauptstraße), Hochdahl-Millrath (Falkenberger Weg und Gruitener Straße über Winkelsmühler Weg bis Hackberger Straße) vorgesehen. Bau 2026. Die passive Lärmsanierung soll im Frühjahr 2027 starten. Ziel bleibt, die positive lärmreduzierende Eigenschaft von Bauwerksbegrünung durchzusetzen oder z.B. Flächen für Graffitikunst zu bekommen. Die Monotonie der Lärmschutzwände im Siedlungsbereich sollte aufgebrochen werden. Einige unserer Mitglieder waren diesbezüglich in einem WDR-Bericht zu sehen.

ÖPNV

Bus und Bahn sind essenziell für eine zeitgemäße und für alle Bürgerinnen und Bürger attraktive Mobilität.

Dafür sind allerdings eine deutlich verbesserte Pünktlichkeit, ein verlässlicheres Platzangebot (insbesondere bei S8, S28 und S68!), -auch im Sinne der Barrierefreiheit- funktionierende Aufzüge und mehr Sauberkeit notwendig.

In der Planung des ÖPNVs muss stärker auf die Taktung, die Berücksichtigung von Anschlussverbindungen und im Fall von Bahnbaustellen auf einen direkten Schienenersatzverkehr geachtet werden. Auch hat die jüngste Tarifreform des VRR für die meisten Kunden, die nur gelegentlich Bus und Bahn nutzen, zu einer Verschlechterung geführt. Die Stadt und die Kunden des ÖPNV sind Opfer einer gescheiterten ÖPNV-Politik in NRW. Seit Jahrzehnten („Aktion Störmelder“ der BmU) verbessert sich die Zuverlässigkeit nicht, im Gegenteil. Bürger wie Stadt müssen zahlen, wir haben kein Mitbestimmungsrecht. Insbesondere im SPNV nicht. Dort sahen wir chaotische Entscheidungen (unterschiedliche Bahnsteighöhen), mal wird hier mal dort punktuell etwas verbessert. Das bringt alles wenig (außer monatelangem, unzureichendem Schienenersatzverkehr), wenn sich nicht herumspricht, dass Mobilität kein punktuelles Problem ist, sondern nur so attraktiv ist, wie die gesamte Strecke. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die freigesetzten Infrastrukturmittel hier eingesetzt werden.

Kommunale Wärmeplanung und Fernwärme

Seit 1998 führen wir die Aktion „**Gerechte Fernwärmepreise**“ durch. Dabei konnten wir durch unsere Eingaben eine Überprüfung durch die Kartellbehörde erwirken, welche zu einer **Rückzahlung** führte. Diese war allerdings relativ gering, immer wieder ist das Versorgungsnetz von Hochdahl bei Preisvergleichen durch zu hohe Preise aufgefallen. Die Preisstruktur von e.on wird leider von den Stadtwerken im Eigentum der Stadt Erkrath weitergeführt und die Gewinne aus dem Fernwärmebetrieb an die Stadt abgeführt.

Dagegen wenden wir uns und fordern gerechtere Preisbildungen.

Wir sind gegen jeden kommunalen Anschlusszwang an die Fernwärme.

Offenkundig sind die Stadtwerke mit der Dekarbonisierung und der pünktlichen und korrekten Abrechnung der Fernwärme überfordert.

Wir sind dafür, den Fernwärmebetrieb aus den Stadtwerken auszulagern. Wir brauchen einen Partner mit Know How. Die Stadt ist angesichts des Schuldenhaushaltes nicht mehr in der Lage, die städtische Tochter Stadtwerke mit Eigenkapital zur Dekarbonisierung zu unterstützen. Die Fernwärmekunden haben keine Gewinne an die Stadtwerke abzugeben, da der Investitionsbedarf zur Dekarbonisierung sehr hoch ist. Die Schuldenkoalition hat sich mit der Gewinnentnahme aus dem Fernwärmebereich gegen die Kunden der Fernwärme versündigt.

Frühzeitig ist durch Antrag der BmU der Prozess der „Kommunalen Wärmeplanung“ (KWP) in Erkrath begonnen worden, erst im Dezember 2024 wurden Aufträge zur Erstellung einer KWP erteilt. Bis 2027 sollte er abgeschlossen sein. Seit 1998 haben wir die „Aktion für gerechte Fernwärmepreise“ konsequent durchgeführt. Wir freuen uns, mit der Gründung der IG Fernwärme eine parteiunabhängige bürgerschaftliche Initiative zu unterstützen. Deren Einbeziehung in ein transparentes Dialogformat ist überfällig.

Die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung, also auch der Fernwärme ist schon aus Kostengründen und gesetzlichen Gründen zwingend.

Schon im Programm 2019 hat die BmU als erste Erkräther politische Kraft auf die Chancen der Geothermie hingewiesen. Erst jetzt wird sie näher geprüft. Ein Gutachten zeigt auf, dass pro kWh eine Ersparnis um die 4 Cent durch Tiefengeothermie realistisch zu erwarten ist.

Jetzt weisen wir darauf hin, die Abwärme aus einem Rechenzentrum, das ggf. statt der alten Feuerwehrgeläude zu errichten ist, zu nutzen. Es gibt in Deutschland Rechenzentren, deren Abwärme kostenlos an das benachbarte Fernwärmenetz geliefert wird. Es hat ein ähnliches Temperaturniveau wie die Wärmeförderung der Tiefengeothermie, daher müssen immer Großwärmepumpen nachgeschaltet werden. Der Fernwärmepreis wird sich künftig nach dem Strompreis richten müssen und daher ist es erforderlich, selbst so günstig wie möglich Strom zu erzeugen. Unverständlich, dass dem Auftrag zur Standortfindung einer Windkraftanlage immer noch nicht von der Verwaltung nachgekommen wurde.

Die elektrischen Netze können kaum bundesweit, aber auch in Hochdahl nicht so schnell auf Wärmepumpenlast umgestellt werden. Das ist

Sonne. Wind. Fernwärme.

Energie für Erkrath. Bezahlbar für alle.



**Ansprechen
was bewegt!**
Lebendig. Laut. Lokal.

wir-koennen-erkrath.de

14.9.
für Erkrath
BmU



BmU

Bürger mit

Umweltverantwortung

wir-koennen-erkrath.de



technisch nicht abbildbar. Nur die „Schnellen“ bekommen noch die Genehmigung für eine Wärmepumpe (bzw. den Strom dafür). Es wird eine Umlage zulasten der Wärmepumpenkunden und zugunsten der Gaskunden diskutiert, da die Netzkostenanteile pro Kunde mit jedem abgemeldeten Gaskunden steigen, sodass das Gasnetz (was wird aus ihm?) unwirtschaftlicher, irgendwann ganz unwirtschaftlich wird.

Umso wichtiger ist die Umsetzung einer Fernwärmestrategie, deren oberster Grundsatz die Bezahlbarkeit durch die Kunden ist, besonders für die im Geschosswohnungsbau.

Wir sehen im Moment im sogenannten „Transformationsplan“ 111 Mio. € Investitionsbedarf. Erzeugerkosten (ohne Gewinn, Overhead SWE) betragen bei der Variante ohne Geothermie fast 16 Cent/KWh, mit Geothermie nur 11 bis 12 Cent. Günstiger ist die Auskopplung von Abwärme aus Rechenzentren.

Raumwärme durch Wasserstoff zu erzeugen ist wegen der hohen Wirkungsgradverluste bei der Erzeugung von Wasserstoff viel zu teuer.

Fazit:

Dem Kapitalmangel kann nur ein strategischer und erfahrener Kooperationspartner abhelfen.

Den künftigen Stromkosten kann nur eine Eigenerzeugung durch Windkraft bzw. Photovoltaik abhelfen. Das muss verstärkt angegangen werden.

Wasser

Da das Wasser im nördlichen Hochdahl aus der Eigenförderung kommt (devonische Kalke), sollte man erneut überprüfen, ob zur Schonung der häuslichen Leitung bei angemessenen Kosten eine zentrale Entkalkung möglich ist.

Glasfaser

Der Zugang zu digitalen Medien und Inhalten ist heute sowohl im privaten als auch im beruflichen Umfeld von entscheidender Bedeutung. Dabei geht es nicht nur um den Zugang, sondern auch

um die Qualität. Bereits heute werden immer mehr Anwendungen ins Internet verlagert, wie z.B. Telefonie, Fernsehen und Videokonferenzen. In Zukunft wird dies noch viel mehr Bereiche betreffen, wie z.B. das Internet der Dinge, Heimautomatisierung, Sicherheitsanwendungen, KI usw. Neue Geschäftsfelder werden entstehen und unser Leben verändern.

Schon heute ist unser Leben ohne Internetanschluss nicht mehr vorstellbar, sowohl im privaten als auch im geschäftlichen Bereich. Ein Haus oder eine Wohnung ohne die Möglichkeit eines qualitativ guten Internetanschlusses hat einen geringeren Wert. Noch dramatischer ist es bei Unternehmen, kein Unternehmen würde sich in einem Gewerbegebiet ohne qualitativ guten Internetanschluss ansiedeln.

Zusammenfassend kann man sagen, dass ein qualitativ guter Internetanschluss heute sowohl im privaten als auch im geschäftlichen Bereich eine Grundversorgung darstellt. Das fordern wir seit 2009.

Aus Sicht der BmU ist ein qualitativ gutes Internet ein wichtiger Faktor für die Attraktivität einer Stadt Erkrath

Eine solche zukunftsfähige Internetanbindung kann nur mit Glasfaser realisiert werden, die hohe Datenraten und kurze Laufzeiten ermöglicht. Darüber hinaus hat Glasfaser noch einen wesentlichen Vorteil, es benötigt 75% weniger Energie als ein DSL-Anschluss. Die Umwelt profitiert also auch.

Der ehemalige Monopolist Telekom investiert ebenfalls in den Glasfaserausbau, allerdings dort, wo der größte Gewinn zu erzielen ist und das ist bisher nicht Erkrath. So wurden vor Jahren die Stadtwerke mit dem Aufbau eines Glasfasernetzes und der entsprechenden Infrastruktur beauftragt, um diese Grundversorgung sicherzustellen.

Ein großer Teil von Erkrath ist bereits für einen Glasfaseranschluss der Stadtwerke vorbereitet. Wir als BmU fordern einen zügigen, aber wirtschaftlichen Ausbau der noch nicht versorgten Gebiete. Noch wichtiger ist es aber, die bereits vorbereiteten Gebiete besser zu vermarkten. Nach unseren Daten sind nur ca.

20%-25% der möglichen Anschlüsse aktiv. Aus Sicht der BmU ist das viel zu wenig und liegt an den falschen Produkten. Die BmU fordert die Stadtwerke auf, mehr in den Dialog mit ihren Kunden zu treten, den (potenziellen) Kunden zuzuhören und die Produkte entsprechend zu überarbeiten.

Hätte man auf die BmU gehört, wären wir schon weiter und insbesondere die Randbereiche von Erkrath hätten eine 100 % Abdeckung mit Glasfaser.

Die Telekommunikationssparte hat das Potential zu einem erheblichen wirtschaftlichen Erfolg der Stadtwerke beizutragen, dem Kunden ein Produkt zu liefern, welches er braucht, die lokale Wirtschaft zu unterstützen und Steuereinnahmen für die Stadt zu generieren. Zurzeit sind wir nicht besser als die Konkurrenz.

Dem Vorschlag der BmU, Fördergelder für den Ausbau zu beantragen, wurde nicht gefolgt.

Rechenzentren

Die deutsche Wirtschaft stagniert. Wir stehen vor einem einschneidenden Wandel, der Auswirkungen auf die Steuereinnahmen der Stadt haben wird. Dafür muss sich Erkrath neu aufstellen. Der Bereich der künstlichen Intelligenz (KI) hebt sich von der übrigen wirtschaftlichen Entwicklung deutlich ab. Zweifellos handelt es sich hierbei um eine der spannendsten Entwicklungen der Digitalisierung und künftigen Motor für Wirtschaftswachstum.

Gerade der Bereich der künstlichen Intelligenz verspricht in der aktuellen Zeit des allgemeinen wirtschaftlichen Abschwungs eine gegenläufige Entwicklung mit hohen Gewerbesteureinnahmen. Die Mehrheitsfraktionen sind leider im Begriff, die Neanderhöhe an viele kleine Unternehmen zu vergeben und auf dem ehemaligen Feuerwehrgelände weitere Wohnungen zu bauen.

KI wird den Bedarf an Rechenzentren skalieren und benötigt besondere Rahmenbedingungen:

- eine redundante Terabit-Netzanbindung und
- eine redundante leistungsfähige Stromversorgung sowie
- Abwärme-Nutzer (die Abwärmenutzung wird gefördert)

Wir fordern die Rahmenbedingungen für die Ansiedlung eines weiteren Rechenzentrums in Erkrath zu evaluieren.

Zudem sollen Modellüberlegungen zur Nutzung der Abwärme von Rechenzentren mit Hilfe des vorhandenen Fernwärmenetzes vorangetrieben werden.

Beispiel Standort Alte Feuerwache:

Potenzielle Grundfläche – Alte Halle Feuerwehr, Verwaltungsgebäude, Alarmhof ca. 120mx40m = 4800 Quadratmeter. Also bei einer 3-stöckigen Bebauung ergäben sich ca. 14400 Quadratmeter. Somit sollten 10.000 Quadratmeter Nutzfläche zu realisieren sein (Maße ohne Inanspruchnahme des Bauhofes).

Nehmen wir als Beispiel das neu gebaute Rechenzentrum in Hilden, das zurzeit 7400 Quadratmeter Nutzfläche aufweist, es kann bei Bedarf auf 10000 Quadratmeter erweitert werden. Es hat einen Anschluss von 20 MW Leistung.

Was macht einen Standort für ein Rechenzentrum attraktiv?

Der Standort muss sicher sein, er braucht eine gute IT-Anbindung, umfangreiche Stromversorgung und es sollte möglichst eine Nutzung der Abwärme gegeben sein.

Rechenzentren benötigen einen sicheren Standort.

- Keine Gefahr durch Hochwasser.
- Minimales Erdbebenrisiko.
- Keine direkte Einflugschneise von Flughäfen.
- Keine Straßen, von welchen LKWs das Bauwerk beschädigen können.
- Autarkie durch Batterien für die ersten Minuten des Stromausfalls und im Weiteren Stromaggregate (Diesel/Gas), welche im sicheren Standby-Betrieb sind, also immer auf Betriebstemperatur.

a) Verfügbarkeit von Strom

Im Köln-Düsseldorfer Raum erwartet man (FAZ Digitalwirtschaft Ausgabe 50/2024.18) eine Entwicklung von z.Zt. 105 MW installierter Leistung auf 855 MW. Eines der limitierenden Faktoren ist die Verfügbarkeit von Stromkapazitäten, derer man sich zügig vergewissern sollte.

b) gute IT-Anbindung

Es bestehen gute Anbindungen an die internationalen Datenautobahnen.

Ein Gigabit-Netz ist zu langsam. Das Kernnetz "X-Win" von dem bei der MS-Ansiedelung die Rede ist, bietet ein Vielfaches von 10 Gigabit. Die Anbindung ist in diesem Terabit-Netz fast frei skalierbar. Der nächste Knoten liegt in Düsseldorf.

Wenn man jetzt auf die direkte Umgebung von Erkrath schaut, sieht man Colt und bei Core Backbone erkennt man, dass sogar geografische redundante Verbindungen möglich sind. Colt Long Distance Network, einmal Frankfurt Düsseldorf Amsterdam London der weitere Weg Frankfurt Düsseldorf Hamburg Island London. Neben dem Weg Frankfurt Düsseldorf Amsterdam bietet Core Backbone auch noch den

Weg Köln Brüssel London. Im Backbone werden einzelne Glasfasern mit 100Gbit betrieben.

Ausschlaggebend für die Standortentscheidung Erkrath/Hochdahl sind die Lage an den Internetknoten Amsterdam - Frankfurt und Stockholm – Paris.

ba) Die Stadtwerke haben Leerrohre in der Hildener Straße liegen. Wenn nun zwei genutzt werden können, ergäbe das eine Kapazität von mindestens 2400 Gbit (mit alter Technik).

bb) Die Firma Colt hat schon eigene Glasfaser in Erkrath.

bc) Die DB Broadband vermietet Dark Fiber welches in Hochdahl verfügbar ist, es wird paarweise als Punkt zu Punkt vermietet. Über den Klinkerweg wäre somit die redundante und geografische getrennt Anbindung möglich.

Es sollte also mit überschaubarem Aufwand möglich sein, eine gute Internet-Anbindung zu erhalten.

c) Der Stadt kommt hier vor allem die Aufgabe zu, gute Rahmenbedingungen zu schaffen (Energiesicherheit, Wärmeabnahme)

Arbeitsannahme:

826 MWh pro Jahr und 100 m². Bei 10.000 qm wären das ca. 80 GWh, das entspricht fast der Menge an Gas, welches im Heizwerk verbraucht wird. Bei Einspeisung dieser Abwärme ins Wärmenetz könnte aus dem Kostenfaktor Kühlung durch Einbindung der Fernwärme ein Ertragsfaktor gemacht werden. Eventuell steigert eine Beteiligung des Rechenzentrumsbetreibers an der Fernwärme die Attraktivität des Standortes.

Nutzung der Abwärme:

Man vergleiche: <https://youtu.be/3cNskyuofRw>

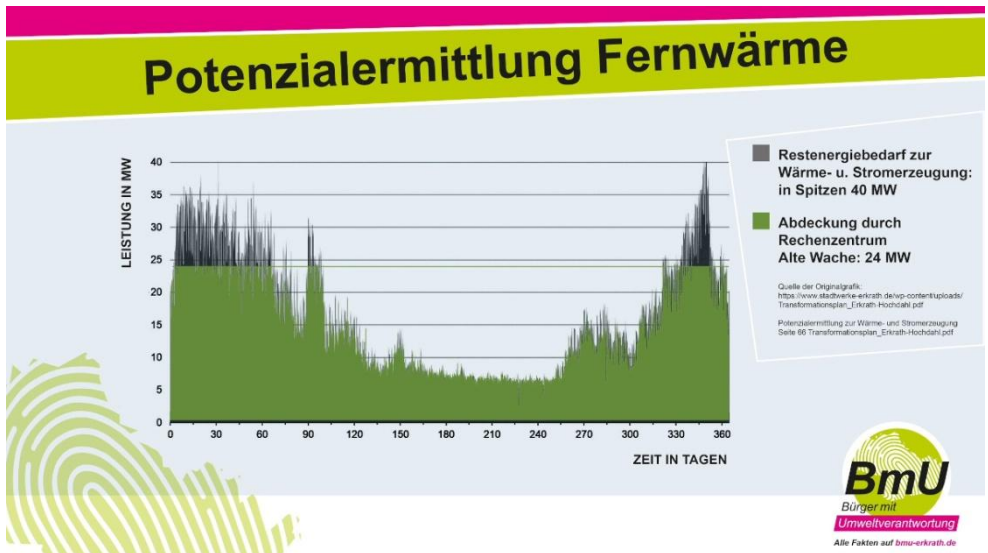
Rechenzentren sind zwar hervorragende Abwärmelieferanten für die Fernwärme (Energieeffizienzgesetz). Allerdings ist dafür ein Niedertemperaturnetz optimal. Da der Neubau des Hochdahler Netzes aber leider von der Rathausmehrheit politisch blockiert ist, müsste hier die Skalierung mittels Wärmepumpe zwischengeschaltet werden.

Diese Kombination ist förderfähig (Fördermittel Rechenzentrum/ Förderung für Energieeffizienz (ecogreen-gruppe.de)) Insgesamt können energieeinsparende Maßnahmen in einem

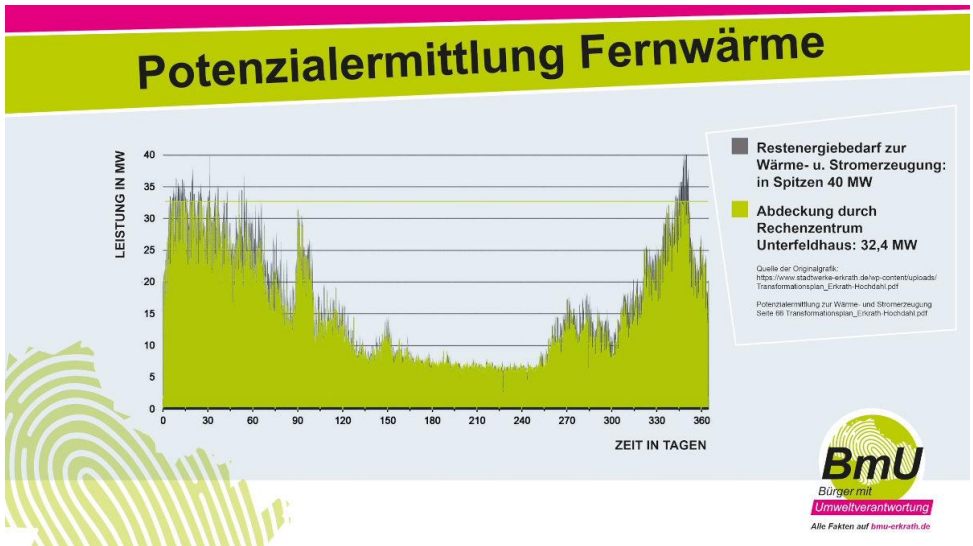
Rechenzentrum mit bis zu 45 Prozent an Fördermitteln bezuschusst werden. Sowohl KMU als auch Nicht-KMU sind berechtigt eine Förderung zu beantragen. Somit haben alle Unternehmen die Chance auf eine maximale Fördersumme von bis zu 20 Millionen Euro.

Ergebnis:

Nach unseren vorläufigen Berechnungen könnte ein Rechenzentrum am Standort alte Feuerwache so viel Wärme auskoppeln, dass es die Grundlast der Fernwärme weitgehend abdeckt:



Selbst das in Unterfeldhaus geplante Rechenzentrum würde – trotz Leitungsverlusten – die Fernwärme in Hochdahl im Endausbau nahezu decken können:



Probleme/Risiken:

- Versteuerung des Ertrages an anderem Ort statt in Erkrath?
- Der Fachkräftebedarf in der Region ist angespannt.
- Die Anzahl der Arbeitsplätze ist relativ gering.
- Ausreichende Wohnungen in Erkrath für die Fachkräfte?

Kultur und Sport

Der Bebauungsplan Neanderhöhe ist ein Beispiel des behutsamen Umgangs mit kulturellem Erbe durch die BmU trotz Umwandlung des konventionell bewirtschafteten Ackers. Der **Fund der Eisenzeitlichen Siedlungsspuren** geht auf die politische Umsetzung einer Bürgeranregung durch die BmU zurück. Alle Tiefbautätigkeiten dort werden archäologisch begleitet, damit das Wissen um das kulturelle Erbe nicht verloren geht.

Eines der deutlich spürbaren Erfordernisse unserer Zeit ist die stärkere **Einbindung der kreativen Szene**, um somit Erlebnisse zu schaffen.

VHS

Der angestrebte Beitritt der Volkshochschule Erkrath zum Zweckverband Hilden-Haan konnte leider nicht realisiert werden. Daher hat sich die BmU dafür eingesetzt, dass die Stadt Erkrath ihre

VHS eigenständig weiterentwickelt, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Dies umfasst die Erweiterung der Kursangebote, die Verbesserung der Infrastruktur, die Bereitstellung zusätzlicher Räumlichkeiten und den digitalen Ausbau. Es sollen neue und erweiterte Themenbereiche eingeführt werden, die digitale Medien, Nachhaltigkeit, Gesundheitskurse und politische Bildung umfassen.

Die BmU setzt sich dafür ein, dass die Verwaltung die in Nordrhein-Westfalen verfügbaren Förderprogramme, wie beispielsweise für Sprachkurse und Integrationsmaßnahmen für Migranten und Flüchtlinge, nutzt. Ziel ist es, die digitalen Kompetenzen der Bevölkerung zu stärken, die Gesundheitsbildung und Prävention zu fördern sowie die kulturelle Teilhabe zu unterstützen. Diese Initiativen sollen dazu beitragen, die Weiterbildung und Bildungschancen für alle Bürger an Volkshochschulen zu verbessern.

Fördertöpfe und Programme können sich im Laufe der Zeit ändern. Eine Zusammenarbeit mit lokalen Unternehmen, Schulen oder anderen Bildungseinrichtungen zur Förderung von Bildungsangeboten ist wünschenswert. Zudem

sind der weitere Ausbau von Online-Kursen oder hybriden Lernformaten zu fördern, um eine breitere Zielgruppe zu erreichen, sowie Veranstaltungen oder Workshops zur Einbindung der lokalen Bevölkerung und zur Förderung des interkulturellen Austauschs.

Der Personalmangel an der VHS Erkrath ist ein ernstes Problem, bedingt durch hohe Arbeitsbelastung und Schwierigkeiten bei der Rekrutierung qualifizierter Lehrkräfte. Um dies zu beheben, sollten attraktive Arbeitsbedingungen geschaffen werden. Flexible Arbeitszeiten und erweiterte Teilzeitmodelle könnten die Attraktivität erhöhen. Zudem ist die Förderung von personaler Weiterbildung und Entwicklung wichtig. Eine positive Arbeitsatmosphäre und Teamkultur sind ebenfalls entscheidend. Darüber hinaus sollte die aktive Rekrutierung von Lehrkräften über soziale Medien, Jobmessen und lokale Netzwerke intensiviert werden, um Absolventen und Praktikanten zu gewinnen. Um die Volkshochschule Erkrath weiterzuentwickeln und dem Personalmangel zu begegnen, sollten gezielte Anreize für Quereinsteiger geschaffen werden, beispielsweise durch spezielle Schulungsprogramme. Es ist wichtig,

Honorarkräfte für spezielle Kurse oder Workshops zu gewinnen und Ehrenamtliche als Kursleiter oder Unterstützer einzubinden. Zudem sollten Schulungsangebote für Ehrenamtliche angeboten werden, um deren Qualifikationen zu erhöhen. Eine aktive Öffentlichkeitsarbeit kann dazu beitragen, das Image der VHS zu verbessern und mehr Menschen für eine Mitarbeit zu gewinnen. Erfolgreiche Projekte und Angebote sollten hervorgehoben werden, um das Interesse an einer Mitarbeit zu steigern. Regelmäßige Umfragen unter dem bestehenden Personal sind sinnvoll, um deren Bedürfnisse und Vorschläge zu erfassen. Darüber hinaus sollten Mitarbeiter in Entscheidungsprozesse einbezogen werden, um ihre Motivation und Bindung an die VHS zu stärken.

Stadtbücherei

Im Rahmen der angespannten Haushaltslage setzt sich die BmU dafür ein, die Stadtbücherei Erkrath weiter zu unterstützen und Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen. Kreative Ansätze und Strategien müssen überlegt werden, um Ressourcen effizient zu nutzen und die ehrenamtliche Gemeinschaft einzubeziehen.

Um die Stadtbücherei und ihre Bildungsprojekte weiter auszubauen, wäre es sinnvoll, gezielt nach Förderprogrammen von Bund, Land und Stiftungen zu recherchieren, die speziell für Bibliotheken zur Verfügung stehen. Ein weiterer wichtiger Schritt wäre die Erweiterung des Ehrenamts. Freiwillige könnten bei Veranstaltungen, Lesungen oder als Vorlesepaten aktiv werden, ähnlich wie es bereits in Schulen, Kitas und in den Räumlichkeiten der Stadtbücherei praktiziert wird. Zudem könnte man die Aufgaben den Ehrenamtlichen im Förderverein der Stadtbücherei gezielt übertragen, um deren Engagement zu stärken. Eine Crowdfunding-Kampagne könnte ebenfalls eine effektive Möglichkeit sein, um spezifische Projekte oder Anschaffungen zu finanzieren. Dies würde nicht nur finanzielle Mittel generieren, sondern auch das Bewusstsein und die Wertschätzung für die Bücherei in der Gemeinschaft erhöhen. Darüber hinaus wäre es sinnvoll, verstärkt in digitale Medien und Online-Ressourcen zu investieren. Diese sind oft kostengünstiger und ermöglichen es, eine breitere Zielgruppe zu erreichen. Der Ausbau von E-Books, Online-Kursen und virtuellen Veranstaltungen könnte die Reichweite der

Bücherei erheblich erhöhen und neue Nutzergruppen ansprechen.

Die Stadtbücherei Erkrath könnte bestehende Veranstaltungen wie die Bücherwürmchen, Lesezwerge, Buchpiraten, "Runter vom Sofa", Magic The Gathering und den Lesesommer um zusätzliche Angebote wie Lesungen, Workshops und Themenabende erweitern. Ein stärkerer Fokus auf Kommunikation und Sichtbarkeit durch soziale Medien, lokale Presse und Veranstaltungen kann die Bekanntheit der Bücherei erhöhen und mehr Besucher sowie Unterstützer anziehen. Um gezielt auf die Bedürfnisse der Bürger einzugehen, könnten Umfragen in der Bürgerschaft durchgeführt werden. Eine regelmäßige Überprüfung des Budgets und eine Anpassung der Ausgaben an die finanziellen Gegebenheiten sind ebenfalls wichtig. Investitionen sollten priorisiert werden, um den größtmöglichen Nutzen für die Gemeinschaft zu erzielen. Durch diese Maßnahmen kann die Stadtbücherei Erkrath auch in Zeiten finanzieller Einschränkungen zu einem lebendigen Ort des Lernens und der Begegnung werden.

Sternwarte

Die Sternwarte Erkrath hat aktuell mit einem ernsthaften Problem zu kämpfen: Eindringendes Grund- und Regenwasser hat die Bausubstanz des Gebäudes beschädigt. Deshalb haben Anfang Februar 2024 dringend notwendige Sanierungsarbeiten begonnen. Um die Sternwarte langfristig zu erhalten, sind umfangreiche Baumaßnahmen erforderlich. Die bisherige Finanzpolitik der Stadt führt im Falle des dauerhaften Nothaushaltes dazu, dass Sternwarte und Planetarium nicht mehr gefördert werden können. Die "Sternwarte Erkrath e.V." ist eine wichtige Bildungseinrichtung, die sich der Astronomie widmet und das Interesse an diesem Thema fördert. Sie dient als Volksbildungszentrum für Weltraumkunde und bietet der Öffentlichkeit die Möglichkeit, astronomische Objekte wie Planeten, Sterne, Nebel und Galaxien zu beobachten – oft durch Teleskope, die zur Verfügung stehen. Regelmäßig organisiert die Sternwarte Veranstaltungen, Vorträge und Workshops, um Wissen über Astronomie zu vermitteln. Diese Angebote richten sich an verschiedene Zielgruppen, darunter Schulen, Familien und interessierte

Erwachsene. Zu den besonderen Events gehören Sternschnuppen-Nächte, Multimediakonzerte, Firmenevents, Trauungen sowie Kurse für Jugendliche und Erwachsene. Auch besondere astronomische Ereignisse wie Mond- oder Sonnenfinsternisse werden beobachtet und gemeinsam erlebt. Ein wichtiger Teil der Arbeit der Sternwarte ist die Öffentlichkeitsarbeit, um das Interesse an der Astronomie zu wecken und die Menschen über aktuelle Ereignisse und Entwicklungen zu informieren. Die Sternwarte kooperiert häufig mit Schulen, um Schülern die Möglichkeit zu geben, Astronomie praktisch zu erleben und zu lernen. Insgesamt ist die Sternwarte Erkrath ein zentraler Ort für die Förderung der Astronomie in der Region und darüber hinaus. Schülerinnen und Schüler erzielen unter Betreuung durch die Sternwarte ganz hervorragende Ergebnisse bei Jugend forscht.

Förderung der Schwimmfähigkeit von Kindern

Die Förderung der Schwimmfähigkeit von Kindern liegt der BmU am Herzen und ist von Bedeutung, um ihre Sicherheit im Wasser zu gewährleisten,

ihnen gleichzeitig Spaß an der Bewegung zu vermitteln und den Badetod zu verhindern.

2017 hat die BmU das Projekt „**Jedes Kind muss schwimmen können**“ angestoßen. Hierzu könnten im Neanderbad in Absprache mit den Vereinen für Kinder in verschiedenen Altersgruppen Wasserspielenachmittage angeboten werden.

Veraltetes Kulturkonzept überarbeiten

Bereits im Jahr 2016 beantragte die BmU, das 21 Jahre alte Kulturkonzept der Stadt Erkrath aufgrund der mittlerweile veränderten Stadtgesellschaft zu modernisieren.

Wir sind für eine Zielgruppenanalyse. Welche Interessen, Bedürfnisse und Erwartungen haben die Bürger? Was hat dem Bürger gefallen? Was könnte verbessert werden? Ein Feedback über die Schwächen im aktuellen Programm können helfen, aktuelle Trends, Entwicklungen in der Kultur- und Bildungslandschaft zu verifizieren, Inhalte zu aktualisieren sowie neue Künstler, Themen oder Technologien zu integrieren. Kooperationen mit anderen kulturellen Institutionen, Künstlern oder

Bildungseinrichtungen können frische Ideen und Ressourcen einbringen. Dabei kann die Zusammenarbeit mit Schulen, sozialen Einrichtungen und kulturellen Organisationen hilfreich sein. Vielfalt und Inklusion ergeben unterschiedliche Perspektiven und bereichern das kulturelle Miteinander und somit die Stadtgesellschaft.

Ein Kulturprogramm für eine veränderte Gesellschaftsform sollte inklusiv, vielfältig und anpassungsfähig sein, um den Bedürfnissen und Interessen einer breiten Bevölkerung gerecht zu werden. Vielfältige Angebote wie Kunst, Musik, Tanz, Theater, Literatur, digitale Kultur, Workshops sind anzustreben. Dabei muss Barrierefreiheit sichergestellt werden, sodass Angebote für alle Menschen, auch jene mit Behinderungen, uneingeschränkt zugänglich sind. Angebote in verschiedenen Sprachen, um Migranten und Nicht-Muttersprachler einzubeziehen, sollten berücksichtigt werden. Hybridangebote aus der Kombination von Präsenz- und Online-Veranstaltungen generieren eine höhere Erreichbarkeit breiterer Zielgruppen.

Um die Preise für Kulturprogramme moderat an die Inflation anzupassen, sollten die Preise nach

Ansicht der BmU in einem jährlichen Rhythmus der Inflationsrate entsprechend angepasst werden. Um die Qualität der Programme aufrechtzuerhalten und die Kosten zu decken, sollten die Bürger transparent informiert werden. Unterschiedliche Preismodelle wie z.B. Rabatte für bestimmte Gruppen (Schüler, Studenten, Senioren) oder Familienpakete könnten die Preiserhöhungen für bestimmte Zielgruppen abmildern. Mögliche Sponsoren und Fördermittel könnten die Kosten minimieren. Angebote zur Förderung kreativer Fähigkeiten und kultureller Bildung für alle Altersgruppen sollten generiert werden, ebenso Programme, die verschiedene Kulturen und Traditionen vorstellen und feiern. Durch die Umsetzung dieses Grundkonzepts kann ein Kulturprogramm entstehen, das den Bedürfnissen einer veränderten Gesellschaft gerecht wird und gleichzeitig die kulturelle Teilhabe aller Bürger fördert.

Aus der BmU stammt die Idee einer **Kulturloge**. Ähnlich dem Projekt der Erkrather Tafel werden nicht verkaufte Karten für kulturelle Veranstaltungen an Bedürftige verschenkt.

Förderung des Ehrenamtes

Ehrenamtliches Engagement ist eine wichtige Säule für das soziale Miteinander und die Gemeinschaft. Die BmU ist im Rahmen des finanziell noch Möglichen für die Unterstützung des Ehrenamtes. Lokale Netzwerktreffen oder Online-Foren können den Austausch von Erfahrungen und Ideen fördern und stärken somit den Zusammenhalt. Die BmU ist der Meinung, dass Ehrenamtliche in die Planung und Gestaltung von Projekten frühzeitig einbezogen werden sollten. Flexibilität in den Einsatzzeiten und Aufgabenbereichen kann helfen, das Engagement zu fördern. Die Zusammenarbeit mit Schulen, Vereinen und anderen Institutionen kann Synergien schaffen und somit das Ehrenamt in der Gemeinschaft stärken. Die Schaffung oder Verbesserung von Förderprogrammen für ehrenamtliche Projekte kann zusätzliche Anreize bieten und die Umsetzung von Ideen erleichtern. Durch gezielte Kommunikation in sozialen Medien, Zeitungen und anderen Kanälen kann das Ehrenamt in der Öffentlichkeit sichtbar gemacht werden, um neue Freiwillige zu gewinnen. Durch diese Maßnahmen kann das Ehrenamt nachhaltig gestärkt und die Bedeutung

des freiwilligen Engagements in der Gesellschaft hervorgehoben werden. Auszeichnungen oder Dankeschön-Veranstaltungen für Ehrenamtliche sind unabdinglich und sichern die Wertschätzung der Stadtgesellschaft. Auf BmU- Initiative hin wurde in Erkrath erfolgreich die **Ehrenamtskarte** als wertschätzende Maßnahme eingeführt.

Förderung der Musikschule

Die BmU setzt sich im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten für die Förderung der Erkrather Musikschule ein. Der Musikunterricht fördert nicht nur musikalische Fähigkeiten, sondern auch Konzentration, Kreativität, Teamarbeit und soziale Kompetenzen. Diese Fähigkeiten sind für die persönliche Entwicklung von Kindern und Jugendlichen von großer Bedeutung.

Musikschulen tragen zur kulturellen Vielfalt einer Stadt bei. Sie bieten Raum für verschiedene Musikstile und -traditionen, was die kulturelle Identität und das Gemeinschaftsgefühl stärken. Musikschulen können ein Ort der Begegnung für Menschen unterschiedlicher Herkunft und sozialer Schichten sein. Sie fördern den Austausch und die Integration von Migranten und anderen Gruppen in die Gesellschaft. Musikschulen bieten

oft Möglichkeiten für ehrenamtliches Engagement, z.B. durch die Unterstützung von Veranstaltungen, die Organisation von Konzerten oder die Mitarbeit in verschiedenen Projekten. Eine gut geführte Musikschule kann auch wirtschaftliche Vorteile bringen, indem sie Veranstaltungen organisiert, die Besucher anziehen, was somit die lokale Wirtschaft unterstützt. Musizieren hat nachweislich positive Auswirkungen auf die psychische und physische Gesundheit. Es kann Stress abbauen, das Wohlbefinden steigern und sogar die kognitive Entwicklung fördern. Musikschulen sind oft der Ausgangspunkt für die Entdeckung und Förderung musikalischer Talente, die später in der Musikbranche oder in anderen kreativen Berufen erfolgreich sein können.

Die Erkrather Musikschule räumt regelmäßig Preise bei „Jugend musiziert“ ab und ist ein Paradebeispiel für die Förderung von Talenten.

Durch die Unterstützung von Musikschulen wird das Bildungsangebot in der Stadt vielfältiger und attraktiver, was wiederum Familien anziehen kann. So gibt es in der Erkrather Musikschule einen Liedergarten für Kinder ab 0 Jahre sowie

eine musikalische Früherziehung der Kinder zwischen vier und sechs Jahren.

Insgesamt trägt die Förderung von Musikschulen zur Lebensqualität in einer Stadt bei und unterstützt die Entwicklung einer aktiven, kreativen und integrativen Gemeinschaft.

Dabei muss ständig Ausschau nach Fördermitteln gehalten werden, denn die bisherige Rathauspolitik gefährdet den bisherigen Förderumfang: Das Land NRW unterstützt Musikschulen finanziell, um die musikalische Bildung zu fördern. Dies kann durch direkte Zuschüsse, Projektförderungen oder spezielle Programme geschehen. Über das Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes NRW gibt es verschiedene Fördermöglichkeiten für kulturelle Projekte, die auch Musikschulen zugutekommen können. Dazu gehören beispielsweise Projekte zur Integration durch Musik oder zur Förderung von Talenten. Auch auf Bundesebene gibt es Förderprogramme, wie das Programm „Neustart Kultur“, das in der Corona-Pandemie ins Leben gerufen wurde und auch Musikschulen unterstützen kann. Es gibt zahlreiche Stiftungen in NRW, die sich der Förderung von Musik und Kultur widmen. Diese können direkte finanzielle

Unterstützung bieten oder Stipendien für talentierte Schüler. Musikschulen können auch durch Kooperationen mit allgemeinbildenden Schulen Fördermittel erhalten, insbesondere im Rahmen von Projekten zur musikalischen Früherziehung oder zur Integration von Musik in den Schulunterricht. In einigen Fällen können auch EU-Fördermittel für kulturelle Projekte beantragt werden, die Musikschulen unterstützen.

Kulturangebot – Theater, Konzerte, Ausstellungen usw.

Theater fördert das Verständnis für Kunst und Kultur. Es bietet den Bürgern die Möglichkeit, sich mit verschiedenen Themen, Geschichten und Perspektiven auseinanderzusetzen. Es fördert das Verständnis und die Toleranz gegenüber unterschiedlichen Kulturen und Lebensweisen. Ein vielfältiges Theaterangebot bereichert das Freizeitangebot einer Stadt und bietet den Bürgern eine Möglichkeit zur Entspannung und Unterhaltung. Insgesamt trägt ein Theaterprogramm zur Lebensqualität in einer Stadt bei und fördert eine lebendige, kreative und engagierte Gemeinschaft. Auch hier muss

allerdings das Ziel sein, einen möglichst hohen Kostendeckungsgrad zu erzielen.

Die BmU befürwortet eine breite Palette kultureller Angebote, einschließlich Musik, Theater, Tanz, bildende Kunst und Literatur in Erkrath. Dabei sollte die Förderung lokaler Künstler und Schauspieler mit einfließen. Dies spricht unterschiedliche Zielgruppen an und fördert die kulturelle Vielfalt. Wir halten eine Kooperation mit Schulen, Kulturinstitutionen und gemeinnützigen Organisationen, um gemeinsame Projekte und Veranstaltungen zu entwickeln, für wünschenswert. Die Organisation von Events, also regelmäßigen Veranstaltungen, Festivals und Märkten, wie zum Beispiel der „Feierabendmarkt“ in Erkrath, bei dem lokale Künstler, Kulturschaffende, Vereine und Kulinarik sich präsentieren, ist ein wichtiger Bestandteil einer lebendigen Stadtkultur. Die Stadt Erkrath bietet bereits ein breit gefächertes Kulturprogramm von Schauspiel, Kabarett, Comedy sowie Konzerten in der Stadthalle an. Wir sind bestrebt, dieses Angebot qualitativ weiter auszubauen, um die Besucherzahlen in der Stadthalle zu erhöhen und zu stabilisieren. Es ist wichtig, dass kulturelle Angebote für alle Bürger

zugänglich sind, unabhängig von ihrem sozialen oder wirtschaftlichen Hintergrund. Durch ermäßigte Eintrittspreise, kostenlose Veranstaltungen oder spezielle Programme für benachteiligte Gruppen muss Kultur für alle Bürger zugänglich sein. Hier hat die BmU im Kulturausschuss die „Kulturloge“ vorgestellt und ins Leben gerufen. Nicht verkaufte Karten für kulturelle Veranstaltungen können an Bedürftige verschenkt werden.

Für die Zukunft ist es wichtig, Investitionen in die kulturelle Infrastruktur, wie zum Beispiel das Theater in der Stadthalle, Museen wie den Lokscheunen in Hochdahl, Galerien wie „kiek marin“ in Erkrath, die erk@art im Lokscheunen, für die Öffentlichkeit attraktiv zu halten und zu generieren. (Übrigens kam die Idee zum Namen „Erk@art“ von Bernhard Osterwind (Fraktionsvorsitzender der BmU)).

Die Stadt kann gezielte Haushaltsmittel für das Kulturamt bereitstellen. Dies kann durch jährliche Budgets oder spezielle Förderprogramme geschehen. Fördermittelanträge könnten zum Beispiel bei: create music nrw, Dr. Jürgen Rembold Stiftung, Kultur und Alter, Kultur und Umweltstiftung der Kreissparkasse Köln,

Landesbüro NRW Darstellende Künste,
Landeskulturförderung NRW (7
Förderprogramme), Museumsförderung des
Landschaftsverbandes Rheinland, Soziokultur
NRW, Regionale Kulturförderung des
Landschaftsverbandes Rheinland, Regionale
Kulturpolitik Bergisches Land beantragt werden.

Kooperationen mit lokalen Unternehmen und
Sponsoren, die bereit sind, kulturelle
Veranstaltungen oder Programme finanziell zu
unterstützen, könnten im Gegenzug
Werbemöglichkeiten oder andere Vorteile
erhalten. Denkbar wäre auch eine
Zusammenarbeit mit anderen
Kulturinstitutionen, um Ressourcen zu bündeln
und Synergien zu schaffen, was die Kosten senken
könnte.

Die Einbindung der Bürger in die Planung und
Durchführung von Kulturprojekten, um somit das
Gemeinschaftsgefühl zu stärken und zusätzliche
Unterstützung zu gewinnen, kann eine
Maßnahme sein, das Kulturamt nicht nur
finanziell zu unterstützen, sondern auch die
kulturelle Landschaft der Stadt nachhaltig zu
fördern.

Brauchtumspflege

Die Brauchtumspflege in Erkrath ist ein wichtiger Bestandteil der lokalen Kultur und Identität. Wie in vielen Städten und Gemeinden gibt es in Erkrath zahlreiche Traditionen und Bräuche, die das Gemeinschaftsgefühl stärken und die kulturelle Vielfalt fördern. Ein Beispiel sind die Ercroder Jonges. Sie tragen zur Identität und zum kulturellen Erbe unserer Stadt bei. Erkrath feiert verschiedene Feste, die tief in der lokalen Tradition verwurzelt sind. Dazu gehören beispielsweise St. Martin, Karnevalsfeiern, Erntedankfeste und Weihnachtsmärkte, die nicht nur die lokale Bevölkerung anziehen, sondern auch Besucher aus der Umgebung. Die BmU nimmt mit einem eigenen politischen Mottowagen an den jährlichen Karnevalsumzügen teil. Auch bei dem Sommerstadtfest sind wir mit Aktionen für Kinder - wie Kinderschminken, Farbschleuder und Kindermitmachspielen - dabei.

Brauchtumspflege hat auch eine Bildungsfunktion. Sie vermittelt Wissen über Geschichte, Kultur und Traditionen und fördert das Bewusstsein für die eigene Herkunft. In einer zunehmend multikulturellen Gesellschaft ist es

aber auch wichtig, Menschen aus anderen Kulturen zu integrieren. Dies kann durch interkulturelle Feste, wie zum Beispiel das jährliche **Integrationsfest** in Hochdahl auf dem Europaplatz oder andere Veranstaltungen geschehen, bei denen verschiedene Kulturen zusammengebracht werden und der Austausch gefördert wird. Die Brauchtumpflege in Erkrath trägt nicht nur zur Stärkung der lokalen Identität bei, sondern fördert auch den sozialen Zusammenhalt und die kulturelle Vielfalt in der Stadt. Um die Brauchtumpflege weiter zu unterstützen, könnten Initiativen zur Förderung ehrenamtlicher, finanzieller Unterstützung der lokalen Veranstaltungen und zur Schaffung von Plattformen für den Austausch von Ideen und Erfahrungen in Betracht gezogen werden. Wir als BmU setzen uns dafür ein.

Das **Heimat- und Eisenbahnmuseum** in Erkrath ist ein besonders wichtiger Ort für die Bewahrung und Präsentation der regionalen Geschichte und Kultur, insbesondere im Zusammenhang mit der Eisenbahngeschichte. Das Museum thematisiert die Entwicklung der Eisenbahn in der Region, einschließlich der Auswirkungen auf die lokale Wirtschaft und Gesellschaft. Es werden

historische Lokomotiven, Waggonen und andere Exponate ausgestellt, die den technischen Fortschritt und die Geschichte des Schienenverkehrs veranschaulichen. Neben der Eisenbahngeschichte bietet das Museum auch Einblicke in die lokale Heimatgeschichte von Erkrath und Umgebung. Es werden verschiedene Aspekte des Lebens in der Region, wie Handwerk, Traditionen und Alltagsleben, dokumentiert und präsentiert. Das Museum organisiert regelmäßig Führungen, Workshops und Veranstaltungen, die sowohl für Schulklassen als auch für die allgemeine Öffentlichkeit zugänglich sind. Solche Angebote fördern das Interesse an Geschichte und Technik und tragen zur Bildung der Besucher bei. Alle Aktivitäten im Museum werden von Ehrenamtlichen realisiert, die sich leidenschaftlich für die Bewahrung der Geschichte einsetzen. Der Lokscheppen ist Veranstaltungsort besonderer Events.

Insgesamt spielt das Heimat- und Eisenbahnmuseum in Erkrath eine wichtige Rolle in der kulturellen Landschaft der Stadt und bietet eine wertvolle Plattform für Bildung, Engagement und den Erhalt von Geschichte.

Sportförderung

Die BmU sieht in Erkrath Möglichkeiten zur Verbesserung der Sportförderung. Zuletzt haben wir uns für die Sicherung des Tennisbetriebes für Blau-Weiß eingesetzt. Zudem sollte die Zugänglichkeit von Sporteinrichtungen für Menschen mit Behinderungen verbessert werden, um inklusive Angebote zu fördern und allen Bürgern die Teilnahme am Sport zu ermöglichen.

Die BmU erkennt unbestritten die Notwendigkeit von Sanierungsmaßnahmen an den in die Jahre gekommenen Sportanlagen und spricht sich für deren Renovierung aus, soweit das finanziell überhaupt noch möglich ist.

Erfolgreich hat die BmU die rasche Ertüchtigung des Sportplatzes Kemperdick als Ersatz für den Sportplatz Rankestraße in die Wege geleitet.

Die Unterstützung und Wertschätzung von ehrenamtlichen Trainern und Übungsleitern müsste erhöht werden, um die Motivation für das Engagement in den Vereinen zu stärken. Wir erkennen auch einen erheblichen Vorteil im Ausbau lokaler Sportveranstaltungen und Wettkämpfe, um das Gemeinschaftsgefühl zu

fördern und den Sport in unserer Stadt sichtbarer zu machen.

Die Stadt Erkrath ist, wie andere Städte in Deutschland, nicht gesetzlich verpflichtet, Sport- und Kulturangebote zu fördern. Dennoch gibt es kommunale Satzungen und Gesetze, insbesondere in Nordrhein-Westfalen, die solche Förderungen unterstützen. Die Gemeindeordnung für Nordrhein-Westfalen (GO NRW) bildet die Grundlage für die kommunale Selbstverwaltung und definiert die Aufgaben der Gemeinden, einschließlich der Förderung von Kultur und Sport. Die BmU steht in Dialog mit der Stadtverwaltung und versucht Förderprogramme von Bund und Land zu identifizieren, um zum Beispiel Sportprojekte finanziell zu unterstützen.

Die Einführung moderater Eintrittspreise für Veranstaltungen oder Mitgliedsbeiträge für Kulturvereine kann eine zusätzliche Einnahmequelle darstellen. Diese sollten jedoch so gestaltet sein, dass sie für alle Bevölkerungsgruppen zugänglich bleiben. Kommunen können Crowdfunding-Kampagnen für spezifische Projekte initiieren oder Fundraising-Events organisieren, um das

Interesse und die Unterstützung der Bevölkerung zu mobilisieren.

Versorgungssicherheit und Krisenvorsorge

Unsere **Klimapolitik ist Krisenvorsorge**. Sie soll massive finanzielle Schäden für die Bürgerschaft durch den sich beschleunigenden Klimawandel verringern helfen. Die Stadt Erkrath setzt sich als Ziel, die gesamten kommunalen CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2030 um mindestens 65 % im Vergleich zu 1990 zu reduzieren und Treibhausgasneutralität bis spätestens 2045 zu erreichen. Die Klimaschutzziele können nur durch eine breite Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmenschaft erreicht werden. Das energie- und klimapolitische kommunale Leitbild gibt eine grundlegende Orientierung für das gemeinsame Handeln. Alle Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen sind eingeladen und gebeten, sich einzubringen.

Die Cybersicherheit erfordert zunehmend Ressourcen, die Digitalisierung der Verwaltung ist unabhängig von diesem steigenden Risiko trotzdem weiter voranzutreiben. Es muss einen Plan B geben, wie im Fall eines erfolgreichen Cyberangriffs die wesentlichen Funktionen des öffentlichen Lebens wieder hergestellt werden können.

Versorgungssicherheit bei ÖPNV, Strom, Wasser, Wärme hat hohe Priorität.

Die flächendeckende Versorgung Erkraths mit einem modernen **Sirenenwarnsystem** wird in Kürze umgesetzt sein. Es gehört insbesondere durch die Bedrohung durch die Havarie der CO-Leitung ständig evaluiert. Wir müssen uns gegen dieses Szenario des Vollbruchs der CO-Leitung auch selbst verteidigen und selbst die Trasse beobachten.

Die **Rattenbekämpfung** als Gesundheitsvorsorge muss konsequent und lückenlos durchgeführt werden, denn Rattenpopulationen können sich rasch entwickeln. Reinvationen sind nicht selten. Entscheidend ist die Mitarbeit der Bevölkerung, keine essbaren Abfälle in die Kanalisation oder die Natur gelangen zu lassen. Entenfütterung ist

keine Tierliebe. Die Taubenbekämpfung sollte in einem Taubenhaus stattfinden, in welchem die Eier entnommen werden.

Erkrath muss sich resilient gegen verschiedene Bedrohungen zeigen. Das geht nur durch Vorbereitung. Ein Schutzraumkonzept für die Bevölkerung ist vorzubereiten. Vorhandene Schutzräume sind als Versorgungszentren im Notfall aktivierbar zu machen. Allerdings wird es nie dazu kommen, dass wir für alle Einwohner bei Naturkatastrophen oder bei militärischen Angriffen einen Schutzraum anbieten können, daher ist es leider wichtig, dass sich die Haushalte selbst resilient gegen Umweltkatastrophen und sogar den Verteidigungsfall einrichten. Das gilt insbesondere auch für die großen Wohnungsbaugesellschaften, die eingeladen sind, hier Krisenpläne zu erarbeiten.

Der Standort der neuen Feuerwache in Alt-Erkrath ist auch dem massiven Einsatz der BmU zu verdanken. Die mangelnde Gesprächsbereitschaft der CDU (sie bevorzugte vorübergehend einen Standort am Steinhof) zu diesem Thema war letztlich Grund, die auch aus anderen Gründen unselige Koalition mit der CDU

zu verlassen. Trotzdem konnte der sinnvollere Standort am Friedhof durchgesetzt werden.

Für den **Neubau der zentralen Hauptwache** hatten wir kostengünstigere und schneller zu realisierende Pläne vorgelegt. Da dafür keine Mehrheiten zu finden waren, haben wir letztlich den Bau der zentralen Wache unterstützt

Viele Mitglieder der BmU haben gegen die Schließung der umliegenden Krankenhäuser demonstriert und Unterschriften gesammelt. Zufrieden sind wir mit der Organisation des **Rettungsdienstes** durch unsere Feuerwehr und den Kreis Mettmann sowie die Ergänzung durch das System „Mobile Retter“.

Die Inbetriebnahme der mitten durch Erkrath verlegten CO-Pipeline ist zurzeit das größere Risiko. Eine Havarie der Pipeline hätte für Menschen in näherer und weiterer Umgebung apokalyptische Folgen. Ein Vollbruch der Leitung wäre rettungsdienstlich kaum in den Griff zu bekommen. Bergen statt Retten wird dann im Vordergrund stehen. Der Gefahren- und Abwehrplan muss kritisch überprüft werden und die Inbetriebnahme der CO-Pipeline muss möglichst verhindert werden. Auf den Parteien

des Landtages (CDU, SPD, FDP, Grüne, AfD) lastet die Frage: Warum haben Sie das nicht verhindert? Wir haben schon mehrfach angeregt, die Pipeline lieber als Teil eines Wasserstoffnetzes zu nutzen.

Ausgemusterte Feuerwehrfahrzeuge von geringem Restwert sollen auch weiterhin an die Ukraine für den Zivilschutz gespendet werden. Dort ist diese Hilfe lebenswichtig.

Digitalisierung

Die BmU fordert eine weiter voranschreitende Digitalisierung der Verwaltungsprozesse, um Effizienz zu steigern, Kosten zu senken und dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Informationen aus dem Rathaus müssen datenschutzfreundlich zur Verfügung gestellt werden.

Mit schlanken und effizienten Prozessen begegnen wir dem demografischen Wandel, den Personalkosten (!) und dem Fachkräftemangel in der Verwaltung.

Bis zum Jahr 2028 sind 50 % der Behördenleistungen online verfügbar. Die zehn am stärksten frequentierten Verwaltungsleistungen werden digital angeboten. Eine digitale Nutzungsquote von über 50 % wird angestrebt.

Dabei ist der Einsatz von KI für uns kein Tabu. Wir sehen die Risiken. Mit ausgeprägtem Risikobewusstsein kann KI einen erheblichen Beitrag zu nachhaltigeren Prozessen und der Erledigung von Routineaufgaben leisten.

Langfristig sollen alle Serviceangebote auf der städtischen Webseite durch KI-gestützte Übersetzung in mindestens zehn verschiedenen Sprachen zur Verfügung gestellt sein. Auch die Übersetzung in Leichte Sprache wird angeboten.

Eine zusammenfassende **Smart City Strategie** wird für die Stadt Erkrath bis 2030 erstellt.

Transparenz und Bürgernähe

Bürgerentscheide und Bürgeranhörungen werden als essenzielle Elemente der Demokratie angesehen und sollen gefördert werden. Digitale Bürgerbefragungen sind ein zentraler Baustein der politischen Partizipation. Zudem setzt sich die BmU für eine respektvolle Diskussionskultur im Stadtrat und den Gremien ein, um konstruktive politische Debatten zu ermöglichen und das Engagement der Bürgerschaft zu stärken.

Bürgerentscheide zulassen!

Auch wenn es manchmal weh tut. Bürgerentscheide sind ein Grundpfeiler unserer Demokratie und keine unnötigen Kosten. Manche Fragen der Kommunalpolitik können mit diesem mächtigen Instrument untermauert oder sogar korrigiert werden. Die Hürden dafür sind sehr hoch, aber wer die Voraussetzungen schafft, kann mit unserer Stimme rechnen. Auch Bürgerentscheide, die gegen unsere Auffassung gerichtet sind, werden – wie in der Vergangenheit - von der BmU mitgetragen.

Bürgeranhörung

Wir fordern: Mit den Bürgerinnen und Bürgern in den Dialog gehen!

Es muss nicht immer ein Bürgerentscheid sein. Ein im Rat eingebrachter und von der BmU unterstützter Antrag zur digitalen Durchführung von Bürgerbefragungen ist ein richtiger Weg zur transparenten Beteiligung am Gemeinwohl. Die BmU wird sich weiterhin kreativ und konstruktiv an der Einführung dieser Plattform beteiligen.

Bei "Beteiligung.NRW" werden Beteiligungsformate/-möglichkeiten erprobt.

Diskussionskultur

Nur zu oft sind der Ton und der Umgang im Rat und in den Ausschüssen vergiftet. Dies führt nicht nur zu Frustration bei den ehrenamtlichen Kräften, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, sondern auch in der Bürgerschaft. Zu Recht wird beklagt, dass durch diesen (schlechten) Umgang kein Dialog mehr zustande kommt. Es gehört heute viel Mut dazu, sich einzumischen. Diese Situation ist für uns inakzeptabel.

Die BmU verpflichtet sich zu einem respektvollen und wertschätzenden Umgang mit allen Beteiligten. In der Regel sprechen wir uns für Sitzungsunterbrechungen aus, um Bürgerinnen und Bürgern zuzuhören.

Die Bürgerinnen und Bürger haben das Wort! Alle Macht geht vom Volke aus.

Soziales - Teilhabe und Integration

Die Stadt muss für alle Einwohnerinnen und Einwohner lebenswert sein. Daher dürfen wir den Blick auf die Schwächeren nicht verlieren.

Das **Forum Sandheide** gäbe es ohne die Politik der BmU nicht (das durch die BmU initiierte Stadtentwicklungskonzept, Unterstützung des Programms „Soziale Stadt“ und der Bauplanungen, u.a.). Es bietet vielen Vereinen einen Raum. Insbesondere die Arbeit der Erkrather Tafel, der Werkstatt, des TSV, sowie des Sozialkaufhauses, des Langzeitarbeitslosenprojektes, der Schuldnerberatung, des Schulmüdenprogramms

des SKFM sind unverzichtbar für eine soziale Stadt.

Auch **Beratungsstellen**, die

Seniorenbegegnungsstätten, das

Demenznetzwerk, Bildungsangebote und das Vereinsleben sind wichtige Beiträge, damit alle die Möglichkeit zur **Teilhabe** haben.

Allerdings sind diese Angebote durch ständige Fördergeldkürzungen und die prekäre Finanzlage der Stadt in ihrer Existenz bedroht. Auch hier ist zu befürchten, dass sich eine jahrelange falsche Finanzpolitik rächen wird.

Viele Menschen leben mit **Handicap**, bedürfen z.B. aus gesundheitlichen, sozialen Gründen oder weil sie aus einem anderen Land kommen, Unterstützung zur Integration und Inklusion in unsere Gesellschaft. Wir gewinnen, wenn dies gelingt.

Wir verfolgen das Ziel, dass Kinder und Menschen mit Behinderungen sich möglichst barrierefrei in Erkrath bewegen können. Beispiel ist der Antrag der BmU, auch auf Kinderspielplätzen Geräte vorzuhalten, die durch behinderte Kinder genutzt werden können. Zunehmend wird klar, dass

soziale Isolation krank macht. Darum müssen wir uns mehr kümmern.

Jeder **Wohnungslose** und jeder **Geflüchtete**, der einen legalen Aufenthaltsstatus besitzt, muss eine menschenwürdige Unterkunft, wenn auch nur ggf. in bescheidener Ausformung, bekommen. Die Zustände in der ehemaligen Schule Thekhaus entsprechen diesem Anspruch nicht. Die Sorge um ein Dach über dem Kopf, um Nahrung, aber insbesondere auch um Teilhabe an Spracherwerb und Integration in das Erwerbsleben gehören gesichert. Das gelingt auch durch Förderung des ehrenamtlichen Engagements in Erkrath, welches gerade im Bereich der **Integration** sehr ausgeprägt ist. Dazu gebührt allen Menschen, die dieses Engagement in den Vereinen, Kirchen, aber auch still und weitgehend unbeachtet in der Nachbarschaft oder in Heimen und Wohneinrichtungen einbringen, unser aller Dank. Da wird ganz pragmatisch geholfen, beraten und begleitet und so oftmals die Stadtverwaltung entlastet. Insbesondere bei:

- Freundeskreis für Flüchtlinge mit seinem Beratungsbüro „Hand in Hand“ an den Hochdahl Arcaden.

Eine unschätzbare und förderungswürdige Arbeit. Nur lobende Worte allein reichen da nicht.

- Du-Ich-Wir e.V. und
- füreinander e.V.

Sie bieten Hilfe bei Sprachunterricht und Nachhilfe an und sind besonders Anlaufstellen für Kinder und Jugendliche an Nachmittagen zur sinnvollen Freizeitgestaltung.

Wir werben bei allen Leserinnen und Lesern dieser Zeilen: Machen Sie dort mit.

Die Stadt Erkrath sollte, solange finanziell handlungsfähig, Vereine, Organisationen und Initiativen bei ihren ehrenamtlichen Angeboten im Bereich der Integration und Teilhabe fördern. Die Stadt bietet den Initiativen Schulung und gemeinsame Planung auf Augenhöhe an.

Weitere Vereine, z.B. Sandheider Markt4You und Gruppen führen Aktionen wie Feste, Freizeitmärkte oder Aktionen zur Verschönerung und Aufwertung der Nachbarschaft sowie Pflanz- und Säuberungsaktionen durch, bieten etwa Themenspaziergänge und kulturelle Angebote an sowie niederschwellige Angebote zum Kennenlernen, zum Spracherwerb und Abbau von

Distanz und bringen auch die engagierten Gruppen bei gemeinsamen Events zusammen, wie z.B. beim Lichterwald im November jeden Jahres.

Gleichzeitig müssen wir als Stadt bei Bezirksregierung, Land und Bund aber deutlich machen, dass unsere Belastungsgrenze überschritten ist. Egal welcher Herkunft: Menschen in unseren Übergangwohnheimen, die viel zu oft inzwischen Dauerunterbringungen sind, muss gesundheitliche und soziale Fürsorge zukommen, damit die Chance auf Integration gewahrt ist. Das gilt ganz besonders für die Kinder.

Die mögliche Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete wie deren Einbindung in gemeinnützige Arbeit sehen wir pragmatisch. Wir sind momentan gegen die Einführung der Bezahlkarte, solange die Verwaltung durch die 50 € Bargeldgrenze mit Erweiterungsanträgen überflutet wird. Die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten ist zu begrüßen, insofern die notwendige Betreuung für die Stadt nicht zu teuer wird.

Wirtschaftsförderung

Aus allem ergibt sich, dass gute Bildung, gesunde Umwelt, effektive Verwaltung wesentlich sind, um unsere Wirtschaft zu fördern.

Ihre Interessen müssen gesehen werden, denn sie soll die Schulden der Gegenwart in Zukunft tragen. Sie müssen „mehr bringen“ obwohl unsere Gewerbesteuereinnahmen gegen den Trend der Nachbarstädte ausgesprochen gute Ergebnisse bringen.

Wir müssen den Wirtschaftsunternehmen ein kreatives Umfeld schaffen, ihren Sorgen zuhören und wo es geht, Entwicklungshemmnisse abbauen. Die Ansiedlung eines der Vorzeigeunternehmen Erkraths, TimoCom, haben wir seinerzeit aktiv unterstützt und in zahlreichen Hintergrundgesprächen versucht, den Weg zu bahnen.

Das von uns auf den Weg gebrachte Premiumgewerbegebiet Neanderhöhe gehört dazu, ein vorsichtiger Umgang mit der Gewerbesteuer aber auch!

Unter der Grundsteuerreform 2025 haben vor allem auch Gewerbebetriebe gelitten, nachhaltige Gewerbesteuererträge sind uns wichtiger als das schnelle Geld durch Gewerbesteuererhöhungen. Für die Fachkräfterekrutierung empfehlen wir die gemeinsame Entwicklung von guten Betriebswohnungen für Unternehmen und auch für städtische Angestellte.

Prosperierende Unternehmen investieren in Nachhaltigkeit (u.a. TimoCom, Schüren, Terbuyken) und Integration, seien es Menschen mit Handicap oder Migrationshintergrund.

Die **Wirtschaftsförderung** muss sich neben dem Leerstandsmanagement zusammen mit der örtlichen Wirtschaft auch wieder den **Stadtteilzentren** widmen, das Einzelhandelskonzept muss fortgeschrieben werden. Die Angebotsvielfalt hat in den Einkaufszentren stark gelitten. Diese gehört aber im Wettbewerb um leistungsstarke junge Familien dazu. Die Stadt lebt von Gewerbe und Einzelhandel. Deren Interessen müssen verstärkt gewahrt werden, z.B. muss die Gastronomie im Außenbereich finanzierbar sein. Zwar hat die Stadt keine direkte Einflussmöglichkeit auf die

regionale Wirtschaft. Die BmU unterstützt aber alle Initiativen, um den regionalen Handel zu stützen. Aber hier ist auch die Bürgerschaft aufgefordert, sich zu den Läden vor Ort zu bekennen. Dies kommt Erkrath zu Gute: Angebote, Arbeitsplätze und Steuern vor Ort.

Schlusswort

Wir stemmen uns mit Optimismus gegen die Entwicklung Erkraths in den letzten 10 Jahren und den Trend der Zukunft:

- Katastrophale Verschuldung
- Steigende Steuern und Gebühren bei gleichzeitigem Verfall der Infrastruktur
- Drohende Kostenexplosion bei Fernwärme und im Zuge der Wärmeplanung

Unsere Beiträge für ein lebenswertes Erkrath (exemplarische Nennung):

- Gegen massiven Widerstand aus dem Rathaus haben wir erhebliche Fördermittel des Landes für z.B. die Sanierung des Stadtweihers und die Realisierung des Forum Sandheide bekommen. Voraussetzung dafür war das von der BmU initiierte Stadtentwicklungskonzept.
- Gegen massiven Widerstand konnten wir unseren Antrag auf Umwandlung eines Teils des konventionell betriebenen Ackers Neanderhöhe in ein ökologisch hochwertig gestaltetes Gewerbegebiet zur Verbesserung der Finanzsituation durchzusetzen.
- Initiativen gegen Lichtverschmutzung.
- Die Einforderung der Umsetzung der Lärmschutzpläne.
- Eine umfangreichere Sanierung des Schulzentrums Hochdahl (Realschule und Gymnasium). (Die sich mit dem Großbrand aber leider erledigt hat.)

- Verschiedene Anträge zu Schulwegeplänen und Verkehrssicherheit.
- Grundsatzbeschluss zur Verwendung von Spielgeräten auch für Kinder mit Handikap.
- Die Wiederbesetzung einer Helferstelle im Jugendcafé Kaiserhof.
- Die Gründung der Interessensgemeinschaft Fernwärme.
- Den Beitritt der Stadt Erkrath zum Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ e.V. und die Unterzeichnung der Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“.
- Eine Checkliste für Klimaangepasste Bebauungspläne.
- Igelschutz durch nächtliches Verbot von Mährobotern.
- Glyphosatverbot auf städtischen Pachtflächen.
- Ein LKW-Durchfahrtsverbot (Anlieger frei) für Millrather Weg und Gerhart-Hauptmann-Straße.

- Die Einrichtung einer Tempo-30-Zone für die Gerhart-Hauptmann-Str. (noch nicht umgesetzt).
- Einen Kompromiss für die Umgestaltung des Parkplatzes Bismarckstraße, sodass die Interessen von Fußgängern, Rad- und Autofahrern gleichermaßen berücksichtigt werden.
- Beratung der Schallschutzmaßnahmen an der Eisenbahn.
- Antrag auf Ermittlung des Straßenzustandes.
- Auftrag an die Verwaltung: Potenzialflächen für Windenergie und für Flächen-solarnutzung zu identifizieren. (2023, bis heute allerdings nicht umgesetzt).
- Die archäologischen Voruntersuchungen auf der Neanderhöhe mit dem Nachweis einer eiszeitlichen Siedlung.
- Die Einführung einer Beschlusskontrolle und des Ratsinformationssystems.
- Einführung des Hilfsangebotes „Luisa ist hier“ für Frauen, die sich bedrängt fühlen.

Nicht erreichen konnten wir unsere folgenden Ziele:

- Rechtzeitig in die Geothermieplanung einzusteigen.
- Die Neanderhöhe durch Erbbaurecht zukunftsfester zu machen.
- Die Hasenwiese der Nachbarschaft als letzte größere offene Freifläche zu erhalten.
- Das Gebiet Wimmersberg (ca. 750 Wohnungen) etwas weniger als geplant zu verdichten.
- Den Bau der Entlastungsstraße zwischen Hochdahler Straße und Schlüterstraße zur Reduktion der krankmachenden Lärmbelastung - insbesondere auf der Neanderstraße.

Das haben wir noch nicht erreichen können, bleibt aber unser Ziel:

- Die Nachhaltigkeitssatzung (unser Antrag) zu verbessern: Finanzüberlegungen fehlen. Sozial- und klimapolitisch bestehen viele Mängel.
- Die Kita-Öffnungszeiten absolut verlässlich zu gestalten.
- Die Erstellung und Umsetzung eines Sanierungskonzeptes für alle Schulen und Kitas (seit 2017 auf unseren Antrag hin beschlossen).
- Zügig Maßnahmen zum Hochwasserschutz - zur Umgestaltung als Schwammstadt umzusetzen.
- Den ÖPNV, insbesondere die S-Bahn, akzeptabel zu gestalten.
- Das Radwegenetz in angemessenem Tempo zu sanieren und zu verbessern.
- Die Geothermie voranzubringen und einen starken Partner für die Dekarbonisierung der

Fernwärme zu finden. Denn die Stadtwerke sind überfordert.

- Die Fahrradstraße auf dem Nordring der Sandheider Straße.
- Eine respektvolle Diskussionskultur im Stadtrat und den Gremien.

Es bleibt noch viel zu tun. Erkrath ist es wert.

Nur mit einer stärkeren BmU gelingt das.



wir-koennen-erkath.de